

21. 7. 1929

Jahrgang IX Nr. 10

2. Maiheft 1929

# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Leo Weismantel, Sie rebeten in allen Tungen; Dr. Georg  
Mertens, Währung und Wirtschaft; Robert Brenner, Der neue Klotzdamper  
„Bremen“; Dr. Hans Müller, Bremen als Welthafen; Dr. A. von Ungern-  
Sternberg, Das Kage in Sonjenußland; Beziehungswörter in Epochen; Zum  
Ede Gleichich Gleichich; Ernst Hirschbach, stud. Jur., Jugend und Politik.

In Kommission:  
Zentralverlag G. m. Berlin W 35  
H. B.,  
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



Der Roland von Bremen

# Sie redeten in allen Zungen.

Ein Pfingstbrief an Unbekannte / Von Leo Weismantel.

Wo fahren Sie zu Pfingsten hin, — ich meine, in welches Land, welche Stadt? Dürfte ich Sie begleiten! Ich weiß nicht, wohin ich hin soll, die Erde ist mir fremd an solchen Tagen. Ich will Ihnen schreiben warum. Ein Fest zu feiern bedarf eines Sinnes. Das macht eine Hochzeit noch vor allen Festen zu einem Wunder, daß eine Begegnung in einem heiligen Lebensgarten für zwei Menschen so klar und eindeutig vor uns steht. Was ist da Weihnacht, Ostern und Pfingsten, — letzte Sinnstiefe der Christenheit in einer Welt und Zeit — auch von jenen Menschen begangen, die dem Evangelium dieser Tage und Festen nicht verbunden sind. Da sind die Feste wie Papierblumen, die rascheln, aber nicht an Stengeln, nicht an Sträuchern wachsen. Diese Feste sind nicht wie lebende Wesenheiten — weil sie so „Feste des bürgerlichen Kalenders“ geworden sind, mit Zusätzen und allerlei entäußerter Aufschabel. Daß Nichtchristen ein Pfingsten feiern, macht auch den Christen dies fest und so schmerzhaft; der Zivilisationsfortschritt zerstört die Kultur des Glaubens.

Wir müssen nach einem Sinn unserer Feste suchen, Heiden und Christen, — glauben Sie mir, auch Sie, die Sie an jene Botschaft nicht glauben.

— wie doch kieß die Botschaft?

Daß ein dreieiniger Gott, Gott Vater, Sohn und Geist das Schicksal trug, daß der Sohn zur Erde niederstieg, aber der die Menschen lebten, daß der Sohn für die Menschen und die Erde, die der Vater gebildet hatte und die verloren waren, in den grausamsten Tod ging —, von den Toten aber aufruhend, zum Himmel aufstieg und den Geist, die dritte Person, nieder sandte, — die Taube —

sie kam in Gestalt feuriger Flammen.

Wir kennen solche Wunder — kennen wir sie? — daß Feuer Holz anfällt, aber dies Holz nicht zu Asche verbrennt, sondern Holz in Diamanten wandelt! — daß Feuer auf die Erde fällt, und aus Steinen Gras und Blumen treibt, Tier und Mensch. Von diesem „Geiste“, der die Erde ergreift und sie in ein Leben zeugt, wissen wir alle. An ihn glauben wir alle, welchen Glaubens wir sonst auch seien. Sein Wollen ist auch Natur.

Aber jenes Feuer, das am Pfingsttage vor sechser zweitausend Jahren vom Himmel gefallen ist, nach dem Glauben der Christen, machte eine Gruppe von Menschen zu einer „Kirche“. Hier wuchs die Kirche. Und die Menschen redeten in allen Zungen.

Darum ist Pfingsten das Fest der Sprache. Denn Kirche wächst sichtbar und unsichtbar. Nur über die „Unsichtbare“ vermögen wir in eine Volkssprache einzutreten über alle Konfessionen, aus allen Konfessionen, mit allen Konfessionen.

Daß wir als deutsche Volk kein Pfingsten haben im Sinne der christlichen Bekenntnisse, im Sinne schäblicher Kirche, ist ein Schicksal, das sich unserem Zugriff verwehrt.

Das ist Ungnade —

Denn wo jene letzte Glaubenseinheit da ist, sei sie es in der Ehe oder in einem Volk, — sie ist leichtes heiliges Geheimnis, das wir uns einander nicht abfordern können. Aber ein Unglück ist es, wenn zwischen Menschen, Einzelmenschen und Volksgliedern, die Sprache absteigt. Das will mir als die Pfingstaufgabe des heutigen Deutschlands erscheinen, daß die vorderrandigen kamm gewordenen Bräuer und Schweigern die Fäden ihrer Parteilungen zerlassen, daß sie sich versammeln und des Feuers erbarrend werden, das vom Himmel fällt, sie in eine höhere Einheit zu zerflammen.

Was soll das heißen?

Die Christen glauben an eine dritte Person in der Gottheit, sie heißt „der heilige Geist“. Und was „Geist“ am Menschen ist, ist von diesem Geiste; was Feuer am Menschen ist, das ist von diesem Feuer. Darum ist der Christ nach seinem Glauben nur „lebendiges Wasser“, wenn er von diesem allgemeinen Feuer des Gottes sich ergötzen läßt.

Aber neben dem Geist lebt Scheingeist. Scheingeist kommt nicht zum „heiligen Geiste“, der dritten Person in der Gottheit, sondern: Scheingeist ist die „geistige Zugerung“ des Menschen, kraft „eigener“ menschlicher Geistesfreiheit. Es ist die Erschlösung des Menschlichen vom Göttlichen.

So ist „Absonderung“ die Ursache und Folge. Auch den Nichtchristen, die jenes christliche Dogma oder jene christliche Glaubenslehre, die hinter dem Pfingstfeste steht, nicht erkennen und nicht anerkennen, — uns allen, Nichtchristen und Christen, ist es aufgetragen: Scheingeist und Geist zu scheiden.

Der Scheingeist ist ähne Salzfäule des Verstandes, Scheingeist verflucht, Scheingeist reißt die Sprache ab, höst, vernichtet, er ist tödend, nicht schöpferische Kritik — „schöpferische“ Kritik aber, — sie, die des Geistes ist, des heiligen Geistes, sie liebt, sie hebt die Sprache an, sie umarmt, sie löst die Rätsel, sie ist es, die das Reich Gottes vom Himmel auf die Erde niederstiegt.

Das ist der Sinn des Pfingstfestes und des Festes des Sprachwunders für unser heutiges deutsches Volk, daß wir dem Leben des Scheingeistes, der vergifteten Kritik von Kager zu Kager entfassen und aufbrechen zur großen Pfingstfahrt in das Land des Geistes, das dort liegt, wo die Menschen sich liebend suchen: im Wort der Frage, der Wegweisung, der Hilfe, in Eke, Bruderchaft, Gemeinde und Parlament.

Do heute ein Katholik oder Evangelist oder der Freigeist oder Sozialist mit dem „Andersglaubigen“ eine Sprache anhebt mit aller Liebe, nicht charakterlos sich fortzuwerfen, sondern mit dem andern um die Findung letzter Wahrheit zu ringen, — jene Wahrheit, der man sein Leben zu unterwerfen bereit ist, — dort ist Pfingsten. Und über dem Volke derer, die so suchen, beginnen die Winde des Himmels zu wehen. Alles andere ist totes Döln.

## Währung und Wirtschaft.

Von Dr. Georg Mertens.

Die Reichsmarkwährung hat im April die härteste Probe, auf die sie bisher gestellt wurde, bestanden. Die Angriffe, welche Panik, Spekulation und Polstik gewisser ausländischer Stellen gegen sie richteten, sind überaus, die Währung ist intakt, und nur die Spekulation und Devisenhandel haben einige Beulen aus dem Kampfe heimgetragen, die ihnen von Herzen zu gönnen sind. Die Verluste, die sie dadurch erlitten haben, daß sie Dollar oder Pfund Sterling zu überhöhten Kursen gekauft haben und nun wieder bei normalen Kursen verkaufen müssen, sind ein drückender Anschauungsunterricht gewesen, dessen erschießerischer Wert nicht zu unterschätzen ist.

Nachdem der Sturm ausgetobt und die Wörte ihre Nerven wiedergewonnen hat, ist es angezeit, die Vorgänge, die sich in den beiden letzten Aprilwochen abspielten, einmal etwas näher unter die Lupe zu nehmen, um Klarheit darüber zu gewinnen, mit welchen Gefahren wir rechnen müssen. Wir wollen dabei, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, das Ergebnis der folgenden Betrachtung an die Spitze stellen: Eine Gefahr für die Währung hat keinen Augenblick bestanden und wird auch in Zukunft niemals zu befürchten sein. Die Reichsmark ist eine hundertprozentige, stabile

Währung, der Spekulationsmanöver, Panik und ähnliches so wenig etwas anhaben können, wie ein Sturm einem modernen Ozeantreiben, wenn er richtig gesteuert wird.

Friedlich werden in Zeiten besonderer Erregung oder bei Spannungserscheinungen auf den internationalen Geldmärkten die minimalen Schwankungen des Aufsenkurses der Mark, die überhaupt möglich sind, etwas deutlicher in Erscheinung treten, weil alle Welt gebannt auf dem Dollar- oder Pfundkurs liest; es ist auch nicht verwunderlich, daß gelegentlich Inflationspsychofen hervorgerufen, denn dem ganzen Volke ist die bittere Erfahrung der Inflationszeit noch in den Knochen, und es reagiert auf Erscheinungen, die auch nur entfernt an Vorgänge jener Zeit zu erinnern scheinen, überempfindlich. Die Leute überleben dabei allerdings vollständig, daß die vorübergehende Steigerung der Devisenkurse, die ihnen ihre Zeitung in fetterdrück wie ebendort vor Augen führte, nur Bruchteile eines Prozents betrug und im regulären Börsenverkehr niemals die Grenze überschritt, innerhalb deren eine gesunde und stabile Währung sich bewegen darf, nämlich die Grenzen der Goldpunkts. Hierunter versteht man bekanntlich den unteren oder oberen Kurs einer Währung, bei dessen Erreichung Gold



infolge der internationalen Goldbeiträge abfließt oder zufließt. Diese Punkte liegen beispielsweise beim Pfund Sterling beim Kurs von 20,34 als unterem und 20,49 als oberem Goldpunkt. Fällt das Pfund Sterling auf 20,34, so wird es vorteilhaft, Gold von England nach Deutschland zu bringen, steigt der Pfundkurs auf 20,49, so wird es vorteilhaft, Gold von Deutschland nach England zu bringen. Diese Goldbewegung ist also nichts Unnatürliches und Gefährliches, sondern das natürliche und sicher wirkende Mittel, durch das die Kurschwankungen der Währung auf diese sehr kleine Spanne begrenzt werden. Nun hat man sich aber natürlich zu fragen, ob denn die Goldreserven der Reichsbank für jeden denkbaren Fall ausreichen werden. Die Antwort lautet: Ihre Reserven werden ausreichen, eine Währungsstrix zu verhindern, jedoch können Panik, Unruhen und Bauspekulationen zu einer Währungsstrix führen, in der das gesamte Wirtschaftsleben aufs stärkste bedroht werden würde, ohne daß die Währung auch nur im geringsten gefährdet ist. Je mit einer solchen Währungsstrix würde eine verhältnismäßig starke Steigerung des Binnenwertes der Reichsmark über den normalen Stand verbunden sein.

Diese Antwort wird manchen überraschen, und es wird vielleicht überhaupst bezweifelt werden, daß die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet irgendwie der Bestimmtheit vorausgesetzt werden können. Und doch ist auf seinem Gebiet eine Voraussetzung so sicher fundiert wie auf diesem, weil hier eine ebenso unüberwindliche Zwangslage besteht, die jeder, wenn er sich die Mühe nimmt, die Dinge durchzudenken, auch begreifen wird, und die von der Erfahrung hundertfältig bestätigt worden ist.

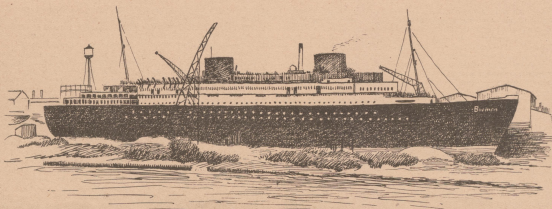
Die Stabilität einer Währung wird gewährleistet durch die Begrenzung des Zahlungsmittelumschs. Diese Begrenzung wird in dem modernen Währungssystem bald automatisch durch die Deckungsvorschriften herbeigeführt. So sieht das deutsche Bankgesetz bestimmt vor, daß die Reichsbanknoten eine Mindestdeckung durch Gold oder Devisen in Höhe von 40 v. H. haben sollen. Der Sinn dieser Deckungsvorschrift liegt nicht etwa darin, daß unmittelbar der Wert der Deckung den Wert der Noten bestimmt, sondern ausschließlich darin, daß sie die übermäßige Ausweitung des Zahlungsmittelumschs, eine Inflation — „Aufblähung“ — unter allen Umständen verhindert, gleichzeitig aber der Reichsbank und indirekt den Banken eine elastische Anpassung des Kredits an die Bedürfnisse der Wirtschaft ermöglicht. Diese elastische Anpassungsmöglichkeit ist außerordentlich wichtig. Ohne sie würde die Wirtschaft bei Steigerung der Produktion nämlich in außerordentliche Schwierigkeiten kommen: Bei gesteigerter Produktion und vermehrten Umsätzen muß auch die Geldmenge und das Kreditvolumen sich erhöhen, andernfalls würde das Gegenteil einer Inflation, eine Deflation, eintreten, d. h. eine zu starke Verknappung von Geld. Die Funktionen Währungsstrix, das heißt eine zu starke Druck auf die Preise ausgeübt wird, der zu Krisen führt. Ein derartiges elastisches System hat aber doch vollkommen ausreichende Sicherungen gegen eine zu starke Vermehrung des Geldumschs (Inflation), und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die gefährlichste Quelle der Inflation, die zur vollkommenen Zerrüttung der früheren Marktwährung geführt hat, ist durch die Bestimmungen des Bankgesetzes ein für allemal verstopft worden dadurch, daß dem Reich die Möglichkeit genommen worden ist, unbeschränkt den Reichsbankkredit für sich in Anspruch zu nehmen und seine Ausgaben statt durch Steuern teilweise durch vorgelagerte neue Notenausgabe zu finanzieren. Die funktionale Währungsstrix, die Europa in und nach dem Kriege erlebte, ist aus schließlich auf diese Politik, Deckung des Defizits im öffentlichen Haushalt durch Notenausgabe oder Ausgabe von Staatspapiergeld, zurückzuführen. Diese Möglichkeit ist durch die Vorschriften des Bankgesetzes, die wir auch nicht durch neues Gesetz ändern könnten, da das Bankgesetz Bestand eines internationalen Abkommens, nämlich des Londoner Abkommens, ist, unbedingt gesperrt. Im übrigen wäre aber auch, wenn diese Beschränkung nicht vorhanden wäre, nicht daran zu zweifeln, daß die Reichsregierung, Reichsbank und Reichstag nach dem Erfahren der Inflationsepidemie eine Finanzpolitik dieses Genres unter allen Umständen vermeiden würden.

2. Wenn die Möglichkeit einer erhöhten Inanspruchnahme der Notenpresse zur Gewissheit geworden ist, so ist die Inflation im wesentlichen schon gebannt. Die einzige, aber weit harmlosere Möglichkeit einer zu starken Geldvermehrung besteht darin, daß die Reichsbank gegenüber an sie herantretenden Anprühlern der privaten Wirtschaft zu liberal ist. Die Reichsbank befreit solche Kreditanprüche dadurch, daß sie Wechsel diskontiert, die nach den Vorschriften des Bankgesetzes neben Gold und Devisen als Unterlage für die Notenausgabe zugelassen sind und die sogenannte bankmäßige Deckung darstellen. Die Bewegung des Wechselportefolles der Reichsbank und der Gesamten der ausgegebenen Noten auf der einen Seite und die Bewegung der Gold- und Devisenreserven auf der anderen Seite geben der Reichsbank nun jeweils einen unersättlichen Instinkt dafür, ob sie bei der Kreditanforderung vorsichtig verfahren kann oder ob sie die Kredite einschränken muß. Die Ausdehnung der Kreditgewährung hat nämlich Vermehrung der Kaufkraft und also ver-

stärkte Warennachfrage zur Folge. Bei zu starker Ausdehnung der Kredite steigen die Warenpreise, vom Ausland zu fliehende Waren ein zu lassen eine stärkere Devisennachfrage aus, die die Reichsbank aus ihrer Reserve befriedigen muß. Sobald die Reichsbank ihr Gold- und Devisenreserve fast einschränken sieht, muß sie gewissermaßen die Bremsen ziehen, d. h. durch Diskontenerhöhung und stärkere Sichtung des eingehenden Wechselmaterials die Kredite einschränken. Eine solche Kreditbeschränkung wirkt umgekehrt wie die Kreditausdehnung. Sie vermindert die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt, die Warennachfrage geht zurück, die Preise fallen, die Einfuhr wird gedrosselt, die Ausfuhr angeregt. Die Handelsbilanz bessert sich wieder und mit ihr die Devisenlage. Die Diskontenerhöhung hat aber über die Abbremsung und Einschränkung der inländischen Kreditgewährung hinaus noch eine positive Wirkung, die die Devisenlage sehr viel schneller und energischer verbessert, als es auf dem Wege über die Besserung der Handelsbilanz möglich ist. Der höhere inländische Zinssatz zieht automatisch, wenn keine ungewöhnlichen physikalischen oder politischen Bedingungen auftreten, Kredit vom Ausland herein. Dadurch fließen der Reichsbank wieder Devisen zu, während gleichzeitig ihr Wechselbestand abnimmt, ihre Deckung verbessert sich und die Lage ist wieder beseitigt.

Dies ist gewissermaßen der normale Verlauf. Es sind nun aber gewisse Komplikationen möglich, die diesen glatten und schmerzlosen Verlauf mehr oder weniger stark beeinflussen können. Komplikationen, die wir im Anfang wenigstens im April tatsächlich erlebt haben. Diese Komplikationen befanden darin, daß eine inländische gesteigerte heimische Devisennachfrage (Vorratskauf) einfiel und daß außerdem kurzfristige Auslandskredite in stärkerem Umfang abgezogen wurden, als zu erwarten war. Die Wirkung der internationalen Geldmärkte, gerechtfertigt war, die Reichsbank verlor in zwei Monaten etwa 1 Milliarde an Gold und Devisen, in dem beiden letzten Aprilmonaten allein etwa je 250 Millionen. Die Notendeckung durch Gold und Devisen, die im Anfang des Jahres über 75 v. H. betragen hatte, ging auf etwa 45 v. H. herunter. Ist hierdurch der Wert der Reichsmark kompromittiert? Antwort: Diese Geldabgabe bringen zwar die Reichsbank in eine unangenehme Lage, zwingen sie, ihre Kredite an die Wirtschaft fast einzuschränken, bringen die Wirtschaft dadurch unter sehr scharfen Druck, machen unter Umständen überflüssige Warenerkäufe notwendig — der Wert der Reichsmark aber wird durch diese Vorgänge nicht verfehlet, sondern tatsächlich erhöht. Das Geld wird knapp, und wie jeder Knappheit führt auch diese zu einer Wertsteigerung der Ware, nämlich des Geldes, die sich in dem Preise, den man für sie zu zahlen hat, ausprägt, und zwar in doppelter Weise: Der Zinssatz steigt und die Güterpreise fallen, es tritt also genau das Gegenteil wie bei einer Inflation ein. Diese fallende Tendenz der Preise wird um so stärker, je mehr Unruhen und Bauspekulation die Reichsbank zur Kreditbeschränkung zwingen. Mit ihr gehen einher ein Anstieg der Exportabgabe durch verstärkte Exporte und Verknappung der Einfuhr, da infolge der Kreditbeschränkung auch Produktionsbeschränkung und infolgedessen Verringerung der Rohstoffbezüge vom Ausland erfolgen. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Konsumenten an einer solchen Entwicklung kein Interesse haben, denn sie würden als Arbeitnehmer und Steuerzahler die Auswirkungen dieses Zustandes sehr schmerzlich verspüren. Die Entwicklung seit der Diskontenerhöhung der Reichsbank am 25. April zeigt aber erfreulicherweise, daß die hier skizzierte schlimme Eventualität nicht zu befürchten ist. Im Inlande ist wieder Beruhigung eingetreten, das Ausland bringt uns nach wie vor Vertrauen entgegen, geändert um neuen Kredit und löst infolgedessen die Reichsbank und die heimische Kreditbanken als Kreditgeber ab. Dadurch wird gleichzeitig der Devisenmarkt etwas mehr entlastet und der Druck, der auf die deutsche Wirtschaft durch die Kreditbeschränkung ausgeübt wird, gemildert. Der zur Produktion notwendige Kredit wird ihr vom Ausland gewährt. Diese Auslandskredite sind kein Übel, sondern ein großer Vorteil für die deutsche Wirtschaft; denn sie kann auf diese Weise mit ganz anderen Kräften arbeiten, als wenn sie nur die färglichen heimischen Sparmittel zur Verfügung hätte. Auch das Reich und der Steuerzahler werden unmittelbar von diesem Vertrauen des Auslandes profitieren. Der normale, gesunde, normale Zufluß von Auslandskapital ermöglicht es dem Reich, seine zu Zeit sehr angespannte Kassenlage statt durch rigorose sofortige Steuererhöhung durch eine mit besonderen Anreizen ausgestattete Anleihe zu decken, ohne daß eine übermäßige Verknappung des Kapitals für die Zwecke der Wirtschaft zu befürchten ist. So bedauerlich es ist, daß das Reich in diese angespannte Lage gekommen ist, um so mehr muß die Wirtschaft es begrüßen, daß ihr steuerliche Gewaltmaßnahmen im Augenblick erspart bleiben, und zwar, wenn die Pariser Verhandlungen zu einer Einigung führen, auch auf die Dauer erspart bleiben. Führen die Pariser Verhandlungen nicht zu einer Einigung auf eine für Deutschland annehmende Lösung, so werden allerdings einschneidende Maßnahmen im öffentlichen Haushalt notwendig sein, um die Ausgaben und Erhöhung der öffentlichen Einnahmen (Steuererhöhung) so weit möglich sein und den Wiederanstieg der Konjunktur stark beeinträchtigen.



## Der neue Lloyd dampfer „Bremen“.

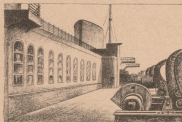
Von Robert Breuer.

Den Blick noch tief erfüllt von der mannhaften Geschichtlichkeit des alten Bremer Gemäuers, der kantigen Massivität des Domes und des Rathhauses flirrender Wucht, dann schnell hindurchgefahren durch das Gellimmer der weit ausgebreiteten, kleinen, gartenum-  
 fosten Bürgerhäusern, sieht man, beinahe unversehens, nur durch einige gewaltige Speicher, Kuben aus Ziegeln, vorbereitet, gegenüber einer unerhörten Energie aus eisernem Gefährte, gegenüber gigan-

tischen Geräten die sich überirdisch und beinahe zerschneidend gegen den Himmel recken. Das ist die Werft, die das neue Schiff des Lloyd, die „Bremen“, baut. Schlank, bebend von Kraft, selbst im Stillstand, fest steigend, die mächtigen Krane überwachsend, liegt das Schiff vor uns. Durch seine Schlächtheit noch überwältigender, als durch die ungeheure, rhythmisch gebändigte Dynamik, die einem wie die Witterung eines stürmischen Geheimnisses und einer leuchtenden Klarheit entgegen schlägt. Noch tobt über dem Riesen aus Stahl und Geist eine hammernde Wolke unerhörter Arbeit, noch raust das saugende Feuer der Schweißproben, noch dehnen die heißen Blöcke, noch hört man die Sägen und Meißel hauern und klirren. Aber durch all solches Werden sieht man schon fertig das neue Wunder der deutschen Schiffsbaukunst: die schwimmende

Stadt, einen Organismus, bis aufs Feinste durchgerechnet, kein totes Gebild, ein vitales Geschöpf, durchblutet und durchnerzt. Ein Triumph der Ingenieure, ein Beweis vollendeter Qualitätsarbeit, noch begiebt durch die ruhige Zurückhaltung einer Ausdruckskraft, die weltmännisch aufs Internationale zielt und doch das neue Deutschland weichen zeigt. Mit Schmerz, aber doch schnell getrübt durch die Vollendung, die hier reift, erinnert man sich, daß das

Schweizerschiff, die „Europa“, von richtigem Brande erfaßt, nicht gleichzeitig fertig werden konnte; indessen: die „Bremen“ wird hinreichen, um den Respekt der fersiehenden Völker vor Deutschland und vor dem Lloyd wirksam zu steigern. Das neue Schiff, dessen Form das Ergebnis ungezählter und subtiler, schärfstes Tempo, größte Sicherheit und geringsten Widerstand veritender Formeln ist, mißt 260 m in der Länge, ist mehr als 30 m breit und hat an der niedrigsten Stelle eine Seitentiefe von 16,5 m; es wird 5000 Personen befördern und soll in sechs Tagen den Weg nach New York zurücklegen. Ein Blick auf die Grundrisse und Querschnitte gibt höchsten Blick aus einer unübersehbaren Fülle von Zellen, geordnet in wohlverwogenem Nebeneinander und in fähigen Durchdringungen, dehnt und staut sich eine Architektur, so kompliziert wie



Das Sonnendeck



Rangsalon erster Klasse



In einer Kabine der „Bremen“



Das vor Wind und Wetter geschützte Hauptpromenadendeck



Schwimmbäder auf dem Weltmeer



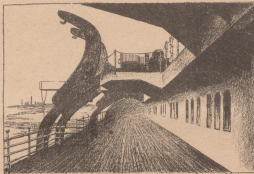
Gesellschaftshalle der III. Klasse

die moderne Kultur, zugleich aber so gefläßt, daß die Beherrschung solcher Vielfältigkeit beinahe einfach erscheint. Das Innere dieses Schiffes ist wie ein Symbol der Selbstverständlichkeit, den gegenwärtigen Zustand des zivilisierten Menschseins mit all seinen Geden und Klaffen, mit seinen Belangen und Bedürfnissen in einer automatischen Apparatur zusammenzufassen. Die totale Schildung, die nicht durchbrochen werden kann, wird sympathisch gemildert; auch die Passagiere der dritten Klasse, die eigentlich eine vierte ist, werden sich auf diesem Schiff noch halbwegs wohlfühlen.

Die einzigen „Zwischendecker“ sind, gemäß einer neuen Sittlichkeit, nicht mehr in Massenquartieren untergebracht, auch ihnen stehen abgesonderte Kammern, die mit höchstens vier Mann belegt werden, zur Verfügung, auch sie haben Gesellschaftsräume und ausreichende Gelegenheit, sich, gegen jedes Wetter geschützt, zu lüften. Eine vortreffliche Einrichtung ist die sogenannte „Courtenklasse“, sie entspricht gutem bürgerlichen Niveau und wird wohl überwiegend von den Amerikafahrern deutscher Nation benutzt werden. Aber auch zahlreiche Europafahrer aus den Staaten werden sie nicht scheuen. Sie gewährt während der sechs Reisetage ein Heim, schlicht, aber doch komfortabel; Tryp des schwimmenden Wochenendhauses, mit Gemeinschaftsräumen für wohlgeordnete Leute, deren Augen sich an glatten Flächen mehr erfreuen als an wucherndem Ornament. Solche Grundzüge lebendiger Raumgestaltung, geboren aus dem Temperament und der Logik moderner Bauvermut, kennzeichnen übrigens auch sämtliche Räume, die den Passagieren der zweiten und ersten Klasse überlassen sind. Auch in diesen Wohnkammern, die zu einem großen Teil mit eigenem Bad, eigener Dusche und eigenem W. C. ausgestattet wurden, nicht weniger in der großen flucht der dem Reichtum und dem Luxus zur Verfügung stehenden Gesellschaftsräume herrscht eine schöne Mäßigkeit. Jene peinliche Nüchternheit, die den Charakter des Schiffes fortwähle und so tat, als wäre das schwimmende Hotel irgendwo im frankreich des Rokoko oder im Stücken des Barock angewachsen, ist völlig überwunden; keine falsche Romantik will darüber hinwegtäuschen, daß wir uns auf einem Dampfer und damit auf dem Meer befinden, daß

wir eingefügt sind einem wunderbaren Schilde höchstentwickelter Technik, und daß das entstehende Leben dieses mit außerordentlicher Geschwindigkeit die Fluten spaltenden Kolosses bedingt wird: durch einen Kognos von Maschinen, von Riefeln und Röhren, die Architekturen, darunter so treffliche Männer wie Prof. Bruno Paul, Bauhaus aus Düsseldorf und Rudolf Alexander Schröder, haben den Ingenieuren nicht vorgebildet, sie haben vielmehr das Ihre dazu beigetragen, daß zur Empfindung kommt, wie in diesem phantastischen Staat der Technik eine Million Meter Kabinengänge verlegt sind, 200 000 m Schwachstromleitung, wie stündlich 1 500 000 ehm

Kuft bewegt werden, wie von 10 000 verschiedenen Stellen aus Klingel- und Lichtsignale in Bewegung gesetzt werden können. Dies Schiff wird in jedem Augenblick ein Erlebnis sein, keine Attrappe, keine Dekoration; in seinen Salons, im Theateraal, in den Bars, im Wintergarten, im Schwimmbad, in der Turnhalle, in der Kadenstraße, in den Zimmern der Damen und der Kinder werden sich die Passagiere geborgen und auf der Höhe genießenden Nichtstuns fühlen, auf den weit ausladenden Promenaden werden sie wandelnd die elastische Kurze, die suggestive Sicherheit der Ausmaße, der Abstände, der Entfernungen empfinden. Sie werden mit Überzeugung wissen, von den Jahr Deuts, die übereinander das Schiff aufteilen, von den Fahrtrüben, die dauernd auf und niederheben, von dem Betriebsgang, der obseits der öffentlichen Wege die ganze Länge des Schiffes durchläuft, von den starken und raffinierten Sicherheitsmaßnahmen gegen Brand und Wassergefahr und von dem Rettungsdienst, von dem aus ohne Panik die behäbigen Motorboote, die „Raum für alle“ gewähren, befreit werden können. Und durch diese überwältigende Schöpfung tönt der Sang der Maschinen, das Siegeslied der Mammatturbinen, der ölgefeuerten Kessel, die so untergebracht sind, daß auch in höchster Not noch immer eine Gruppe arbeitsfähig bleiben dürfte, tönt die Mesechymne der vier Schrauben. Mitte Juni geht die „Bremen“ auf ihre Jungfernfahrt; ein Jahr später folgt die „Europa“.



Das obere Deckenabendeck

teilen, von den Fahrtrüben, die dauernd auf und niederheben, von dem Betriebsgang, der obseits der öffentlichen Wege die ganze Länge des Schiffes durchläuft, von den starken und raffinierten Sicherheitsmaßnahmen gegen Brand und Wassergefahr und von dem Rettungsdienst, von dem aus ohne Panik die behäbigen Motorboote, die „Raum für alle“ gewähren, befreit werden können. Und durch diese überwältigende Schöpfung tönt der Sang der Maschinen, das Siegeslied der Mammatturbinen, der ölgefeuerten Kessel, die so untergebracht sind, daß auch in höchster Not noch immer eine Gruppe arbeitsfähig bleiben dürfte, tönt die Mesechymne der vier Schrauben. Mitte Juni geht die „Bremen“ auf ihre Jungfernfahrt; ein Jahr später folgt die „Europa“.



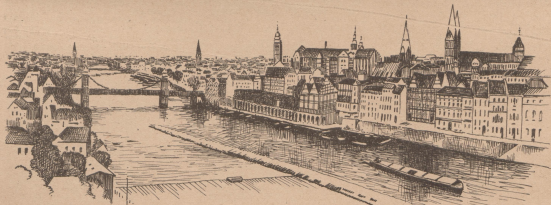
stand der Rief am Rathaus zu Bremen

steht er ein Stambul handhaft und wach... hütet mit euerem Anstalt die Freiheit der Stadt, wie die Inschrift des mit dem alten Rathaus verknüpften Schilbes künde. Mehr als fünf Jahrhunderte sind an diesem Wahrzeichen bremischer Stadtfreiheit vorübergegangen.

## Bremen als Welthafen.

Von Dr. Hans Müller.

Er ist nicht der einzige Zeuge längst vergangener Zeiten. Rings um ihn herum erinnern Prachtbauten, wie das alte gotische Rathaus mit der 1609 vorgefundenen renaissanceförmigen Schattung, das Haus der Altkerk der Kaufmannschaft, sowie eine Reihe von mittelalterlichen Patrizierhäusern und die sich an den Ufern



Bremen



Berital am Gewerbehans

die Fläche einer Millionenstadt. Breslau 52, in Hamburg 39, in Paris 38 Bewohner auf ein Haus im Durchschnitt kommen, so sind es in Bremen nur 8. Bremen, das seit seiner 1827 von dem Bürgermeister Johann Smidt gegründeten Tochterstadt Bremerhaven eine untrennbare wirtschaftliche Einheit bildet, ist heute Weltseefahrt, nach Hamburg der wichtigste deutsche Seehandelsplatz. Schifffahrt und Überseehandel bestimmen den Grundcharakter des Bremer Wirtschaftsgebietes. Den größten Aufschwung in neuerer Zeit erfuhr Bremen der 1887 vom Konrad H. H. Meyer ins Leben gerufenen Großreederei, dem Norddeutschen Lloyd. Dadurch ist Bremen der größte deutsche Passagierhafen geworden und einer der wichtigsten Auswanderungshäfen. Von Bremen gehen zur Zeit etwa 120 Schiffsfahrtslinien regelmäßig nach allen Ecken der Welt. — Die Bedeutung des Bremer Seehandels erhellt aus unseren beiden graphischen Darstellungen. Wie wir sehen hat zwar der seewärtige Schiffsverkehr, was Zahl und Raumgehalt der Schiffe anbelangt, heute den Stand der Vorkriegszeit nicht unbeträchtlich überschritten, dagegen hat der Güterverkehr sowohl im Versand wie Empfang die Mengen von 1913 noch nicht erreicht. Aus dem letzten Bilde ergibt sich zugleich, daß Bremens Handel überwiegend Einfuhrhandel ist. Ein ganz bestimmtes Gepräge erhält der bremische Handel dadurch, daß er im Gegensatz zu der Mannigfaltigkeit Hamburgs einzelne Rohstoffmärkte besonders ausgebildet hat. Bezieht zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Bremen als Hauptmarkt für Tabak und späterhin auch für Reis; im Baumwollhandel aber ist Bremen heute der wichtigste Platz des europäischen Festlandes. Die Bremer Baumwollbörse hat Weltbedeutung. Als weitere wichtige Einfuhrgüter kommen in Betracht: Wolle, Getreide, Öle, Holz, Wein und Kaffee. Für den Getreidehandel wurde noch während der

des Weierstromes reichenden alten Packdäuer an Bremens ruhmvollen Vergangenheit und handelspolitische Bedeutung. Erreichte doch schon 965 der Erzbischof Waldbag von Bremen auf Grund eines kaiserlichen Privilegs den bremischen Markt, der durch den Verkehr mit den nordlichen Staaten rasch aufblühte. Weichsauerder Hanseateigtheit hat dann im Laufe der Jahrhunderte in unermüdlicher Schöpfungskraft Bremen zu einer der bedeutendsten Seestädte des Kontinents gemacht. Diese alte Hansestadt ist die Stadt der schönen Wohnungen, frei von Mietskasernen und gartenreich. Denn Bremen als die Stadt der Einfamilienhäuser mit seinen 500.000 Einwohnern bezieht in denn in Berlin 76, in

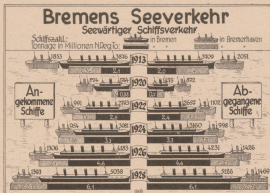
Kriegszeit eine gewaltige Anlage geschaffen, die größte ihrer Art in Europa. In der Ausfuhr Bremens sind besonders bemerkenswert Düngesalze, vor allem Kali, ferner Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, Bier, Baumaterialien und Viehgüter. Ähnlich wie für das eingeführte Getreide ist für Kali eine gewaltige Kallierportanlage mit großen Lagerhallen, die 100.000 bis 120.000 Tonnen fassen, vor kurzem geschaffen worden.

Der Hauptumschlagplatz für Seefrachtschiffe ist Bremen-Stadt, während Bremerhaven in erster Linie dem Passagierverkehr dient. Dort befindet sich die Lloydhalle, an die sich der 1927 fertiggestellte, 1 km lange Columbuswall mit der neuen Passagierhalle, dem Columbusbahnhof und der Zollabfertigungsallee anschließen!

In den Kaiserhöfen Bremerhavens widelt sich der große Baumwollverkehr ab. Dort stehen auch die großen modernen Kühlhausanlagen für Gefrierfleisch und ein besonderer Bananenbahnhof für den vom Norddeutschen Lloyd nach den Kanarischen Inseln eingerichteten Bananenfrachtdienst. In Bremen selbst zweigen die Häfen im Norden der Stadt vom Weierstrom ab. Wenn man auf den Brücken der inneren Stadt steht, merkt man, abgesehen von dem fröhlich dahingleitenden Binnenfrachtsverkehr, nicht, daß wenige hundert Meter weiter eine Hauptschiffalage des Weltverkehrs pulst. In diesen langgestreckten Hafenebenen drängen sich Schiffe aus aller Herren Länder, um mit Hilfe der zahlreichen mechanischen Kran- und Transportanlagen geladert oder beladen zu werden. Im ganzen besitzt Bremen-Bremerhaven 22 Seeschiffehäfen und 43 km Anlegefläche; 40 Kaiabschnitte mit 310.000 qm Bedeckungsraum dienen dem Durchgangsverkehr, und neun öffentliche Speicher mit 167.000 qm fassen neben privaten Lagern von 200.000 qm



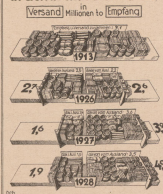
Stiftshaus



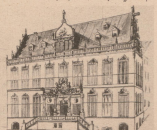
Flächenraum zur längeren Lagerung der Güter zur Verfügung.

Schifffahrt und Seehandel sind es jedoch nicht allein, die Bremens Wirtschaftsleben bestimmen. Bremen hat sich auch zu einer bedeutenden Industriestadt entwickelt. In erster Linie ist natürlich die Schiffbaubindustrie hier heimisch geworden. Erwähnt sei nur das Werk A.-G. „Wefer“, das sich Ende 1926 durch Fusion mit der Werft und Maschinenfabrik J. C. Teufelberg A.-G. in Wefermünde und der Vulkanwerke A.-G. in Hamburg zur Deutschen Schiff- und Maschinenbau A.-G. (Deichmann) vereinigte und heute rund 6500 Arbeitern und Angestellten Brot gibt, ferner die Atlaswerke, deren Fabrikation sich vornehmlich mit dem Bau von Hilfsmaschinen und Sicherheitseinrichtungen für

### Der seewärtige Güterverkehr in den bremischen Häfen



Nathan



Der Schilling



den Schiffsbetrieb befaßt. Zu der großen Reihe der Werften Bremens gehört weiter der Bremer Vulkan, Schiffsbau- und Maschinenfabrik in Vegesack. Unter den anderen bremischen Werften seien genannt die Automobilindustrie der Hanf-Kloydwerke, weiter die Kloyd-Dynamowerke, die Norddeutsche Waggonfabrik, die Krande-Werke, nicht zu vergessen die Norddeutsche Elitite mit ihren drei Hochöfen und den ver- schiedenen Nebenanlagen. Ein- fuhr wie Ausfuhr wirken auf die Entfaltung weiterer In- dustriezweige. Auf der Einfuhr bauten sich auf die Norddeut- sche Wollfäbrierei und Kam- marnpinnerei, die das größte Unternehmen ihres Art auf dem europäischen Kontinent ist, ferner Oelfabriken, zwei große Getreidemühlen, darunter die Rolandmühle mit ihren neuen Siloanlagen und die bekannte Kaffeehandelsatzungsgesellschaft (Kaffee Haag) sowie Schoko- laden- und Zigarettenfabriken. Für den Export entkanden die Kaffeebauerei und verschie- dene Silberwarenfabriken neben anderen Exportindustrien. Auch in der Nachbarschaft Bremens hat sich eine blühende Industrie ent- wickelt, so in Hemelingen,



Werft der A.-G. „Meier“

Deimenhof (Rembrandt Karosserie-Werke A.-G.) und Blumenthal. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß Bremen auch bemüht ist, sich dem Luftverkehr zu erschließen. Modern eingerichtete Flug- höfen in Bremen und Bremerhaven dienen dem ständig wachsenden Verkehr zwischen der Küste (Nordseehöfen) und dem Binnenlande.

So hat sich Bremen trotz Krieg und Notzeit in jäher Arbeit zielbewußt und zukunftsfreudig wieder Handel und Industrie aufgebaut und ist bemüht, seinen Platz als Weltcenter Deutsch- lands, als Hafen- und Industrie- stadt zu behaupten, getreu dem Wahlspruch, der über dem Portal am Schilling steht:

„Buten und binnen  
Wagen und wirren.“

Wegz der heimliche Dichter Georg Droste anmerkt:

... „Ja; Alstedt wagen un of  
[winnen!]

Steht an'n Schütting haben an.  
Dat gelt for buten un for binnen.

Dat gelt for all un jedermann.  
In up dit Woord dar will wi

[boen!]

Up dütschen Mot und dütsche  
[Kraft]

Een stiebet Enk an Selbstner-  
[troen]

De heft noch jämmer Noes  
[schafft]. ...

## Zur Lage in Sowjetrußland.

Von Dr. A. von Ungern-Sternberg.

Das politische und wirtschaftliche Leben der Sowjetunion hat zur Zeit unter einer Reihe von großen Schwierigkeiten zu leiden, die in ihrer Gesamtheit sich zu einer allgemeinen Krise verdichten können. Allerdings wäre das nicht die erste Krise, die der Sowjet- staat durchgemacht hätte; vielmehr ist im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Ernährungsbeschwerden in den Großstädten, dem Sinken der Arbeitsergebnisse der Industrie, dem Streit innerhalb der Kommunistischen Partei über grundsätzliche Fragen der Wirt- schaftspolitik usw. daran zu erinnern, daß der Sowjetstaat während der ersten Jahre der kommunistischen Herrschaft seine Existenz gegen die von auswärtigen kommenden Angriffe der Gegenrevolution zu ver- teidigen hatte und als Sieger aus diesem Kampf und damit aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen ist. Ferner durchlebte die Sowjet- union um die Jahreswende 1920/21 bereits eine schwere Krise, die durch die damalige ungewisse Einteilung von landwirtschaftlichen Ergebnissen hervorgerufen worden war und ihren Gipfelpunkt in dem Aufstand der Keningrad vorgelagerten Stellung Kronstadt er- reichte. Alle diese Krisen hat der Sowjetstaat glücklich überdun- nen. Man könnte übrigens die Reihe der gefährlichen Zuspitzungen innerpolitischer Art, die immer wieder den Gedanken eines drohen- den Zusammenbruchs der Sowjetregierung aufkommen ließen, noch weiter verlängern. Aber die erwähnten Gefahren sind, wenn man das, daß die Sowjetregierung ein auffallendes Geschick in der Überwindung von Schwierigkeiten bewiesen hat, daß sie durch rechtzeitige Wandlung ihrer Politik es bisher jedenfalls verstanden hat, die Gegner entweder zu bezwingen oder aufzufressen zu machen. Allerdings eins ist ihr nicht gelungen, und aus diesem einen Miß- lingen ergeben sich letzten Endes alle gegenwärtigen Schwierigkeiten: die große Mehrheit der Bauern ist der Sowjet- regierung gegenüber, ja feindselig gesinnt ge- blieben. Als im März 1921, infolge der auf Geheiß Lenins ein- gesetzten „neuen ökonomischen Politik“, der Handel mit landwirt- schaftlichen Ergebnissen freigegeben und der privaten Initiative größerer Spielraum gewährt wurde, hoffte man die Beziehungen der Bauern zu der Sowjetregierung wenigstens so zu gestalten, daß es mit der Zeit gelingen würde, die Bauern in den sozialistischen Aufbau einzuführen. Das sollte erreicht werden durch Entfaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, durch Ausbau von staatlichen Großgütern, durch Elektrifizierung der bäuerlichen Ver- triebe usw. Diese Erwartungen haben sich als trügerisch erwiesen, und es ist nun schwerwiegender politischer Bedeutung, daß die Frei- gabe des Handels mit landwirtschaftlichen Ergebnissen die Be- ziehungen der Regierung zu der Bauernschaft keineswegs freund- licher gehalten hat. Im Gegenteil: diese Beziehungen bilden das folgenschwerste Kapitel der russischen Politik, den Kern der inner-

politischen Krise. Die Freigabe des Handels hat wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit innerhalb der Bauernschaft zu fördern. Es haben sich immer deutlicher drei Schichten innerhalb der Bauernschaft ausgebildet: 1. eine dünne Oberschicht, die sogenannten Großbauern; 2. eine breite Mittelschicht von Mittelbauern und 3. als untere soziale Schicht die sog. Dorfarmut, das ländliche Proletariat, das als Kandidat in sozialer Abhängigkeit steht vom Großbauern und zum Teil auch vom sog. Mittelbauern.

Die Politik der Sowjetregierung geht nun dahin, jede Eskalation des Großbauernums zu verhindern. Zu diesem Zweck schürt sie bewußt den Klassenkampf im Dorf, d. h. sie versucht die Kleinbauern gegen die Dorfbourgeoisie auszuspielen. Der Großbauer wird auf jede Weise benachteiligt, während den Kleinbauern und den Mittel- bauern alle steuerlichen Vergünstigungen und sonstige Zuwendungen zugute kommen. Aber diese sog. „Bauernpolitik“ der Regierung erweist sich als ein zweischneidiges Schwert, denn sie beeinträchtigt die Getreideerzeugung und bringt die Gefahr mit sich, daß die land- wirtschaftliche Unbaufläche auf ein Maß eingeschränkt wird, das so gut wie keine Überflüsse für die Ernährung der Städte und für den Export übrig läßt. Diese Befürchtung hat dazu geführt, daß sich innerhalb der Bauernschaft eine einflussreiche Richtung, die sog. „Rechtsopposition“, herausgebildet hat, die mit immer größerem Nachdruck die Meinung vertritt, daß es wirtschaftlich ungeschwät- und politisch gefährlich ist, die sog. Großbauern, d. h. den Teil der ländlichen Produzenten, der rationell wirtschaftet, als feind, als einen Schädling zu behandeln. Diese bauernfreundliche Rechts- opposition löst aber bei der maßgebenden Richtung der Sowjet- regierung, mit Stalin an der Spitze, bisher auf entscheidende Gegen- schaft. Statt dessen auf einer entschiedenen Bekämpfung der Dorfbourgeoisie und hofft die Abhängigkeit der Städte und des Getreide- exports von den großbäuerlichen Wirtschaften dadurch zu beseitigen, daß der Staat durch die Entwicklung staatlicher Großbetriebe in fortgesetzt wachsendem Maßstab Eigenproduzenten von Getreide wird.

Entsprechend dieser feindseligen Einstellung der Sowjetregierung gegen die Dorfbourgeoisie wird auf dem Lande ein fruchtbarer Kampf gegen die sog. Großbauern geführt. Die Situation ist zur Zeit die, daß auf der einen Seite die privatwirtschaftlich mehr oder weniger erfolgreich wirtschaftenden Großbauern und sehr viele der ihnen sozial nahestehenden Mittelbauern stehen, auf der anderen Seite die Parteigänger der Sowjetregierung, die sich größtenteils aus dem Dorfproletariat rekrutieren und von besonderen Agenten der Sowjetregierung, den „Dorfforpostenbenten“ der Sowjetpresse, geleitet werden. Daß die Stellung der Sowjetregierung und der Kom- munistischen Partei auf dem Lande durchaus nicht gefestigt ist, geht

am deutlichsten aus dem Ergebnis der Wahlen zu den Dorfjowets hervor. Insofern dessen, daß die Sowjetverfassung allen Großbauern, sofern sie fremde Arbeitssäfte befristeten, das Wahlrecht übertrug, betraut, nach dem vorläufigen Ergebnis der Sowjetwahlen, der Anteil der kommunistischen Parteimitglieder in den Dorfjowets der Russischen Sozialistischen Föderativen Rätesrepublik nur 12,4 h, der Rest, also 87,6 h, sind „Parteilose“. Das bedeutet, daß die unteren Verwaltungsorgane, die Dorfjowets, durchgef. sind von Personen, die „Klassenfeinde“ der Sowjetregierung sind.

Ingefaßt dieser Entwicklung auf dem Lande entsteht die Frage, ob sich innerhalb der Bauernmassen eine Macht durchzusetzen beginnt, die der Sowjetregierung gefährlich werden kann. Zu dieser für Sowjetrußland zweifellos gefährlich-schweren Frage kann man nur Stellung nehmen, wenn man die Beziehungen der industriellen Arbeiterschaft zur Sowjetregierung kennt. In diesem Zusammenhang ist vor allem darauf hinzuweisen, daß der bolschewistische Umsturz vom Oktober 1917 nicht von den Bauern ausgegangen ist, sondern daß die organisierten Arbeitermassen in Petersburg den Umsturz vollzogen haben, allerdings unter Mitwirkung der Bauernschaft, deren Vertreter, d. h. die Bauernjohne im Boer und in der Flotte, sich dem Ansturm der Arbeiterschaft anschloßen haben. Seitdem nun das industrielle Proletariat, nach volgendem Umsturz, die herrschende, privilegierte Klasse in Rußland darstellt, hat sich in bezug auf ihre soziale Stellung ein Aufsturz vollzogen, den in so kurzer Zeit die Arbeiterschaft keines anderen Landes bisher erlebt hat. Diese Tatsache darf unter keinen Umständen unterschätzt werden. Insbesondere genügt der soziale Aufstieg allein nicht, um eine Gesellschaftsklasse zu befriedigen und um unbedingten Anhänger einer Staatsform zu machen. Wie steht es mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft? In dieser Beziehung ist in letzter Zeit ein Rückschlag zu verzeichnen: 1927 hatte sich das Lebensniveau der Arbeiterschaft, wenn man den Reallohn zuzüglich der recht bedeutenden sozialen Vergünstigungen, die die Sozialgesetzgebung gewährt, berücksichtigt, im Vergleich zu 1913 gehoben. Aber dieses Lebensniveau ist seitdem in einem allmählichen Rückgang begriffen, denn die fortgesetzte Steigerung der Kleinhandelspreise ist durch die Steigerung der Nominallöhne nicht wettgemacht worden. Hinzu kommt noch, daß die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs infolge des Mangels an Waren, besonders auch an Lebensmitteln, die Erinnerungen an die großen Entbehrungen der ersten Jahre der kommunistischen Herrschaft wachrufen und auf die Stimmung der Industriearbeiterschaft nachteilig einwirken.

Nun könnte man ja annehmen, daß diese Schwierigkeiten vorübergehender Art sind und ein weiterer Aufstieg in der Lebenshaltung möglich ist. Diese Annahme ist dahin zu berichtigen, daß ein weiterer Aufstieg in der Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft so lange nicht möglich ist, als die Arbeitsergiebigkeit des Arbeiters nicht beträchtlich zunimmt. Die geringe Leistungsfähigkeit der Industrie kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die Preise für Industrieerzeugnisse im Durchschnitt das Zweifache der Preisfläche der Vorkriegszeit aufweisen, und der Kaufgrund sowohl des Warenmangels wie des hohen Preisniveaus ist darin zu erblicken, daß die russische Arbeiterschaft einen großen Mangel an Arbeitsdisziplin, Pflichtbewußtsein, ja an elementarerer Gewissenhaftigkeit

aufweist. Dieses Übel zu beseitigen ist unter den gegebenen kulturellen Verhältnissen unendlich schwierig. Dieses Problem muß aber gelöst werden, denn gelingt es nicht, die Arbeitsergiebigkeit wesentlich zu heben, so ist die ganze russische Politik und mit ihr auch das politische System gefährdet.

Die mangelhafte Produktivität der russischen Industrie ist mit ein Grund, der die bauernfeindliche Richtung, die Rechtsopposition innerhalb der Regierung, veranlaßt, die Zweckmäßigkeit einer beschleunigten Industrialisierung des Landes zu vernennen. Demgegenüber wehrt die sog. Linksoption, deren Einfluß zur Zeit allerdings gering ist, die Meinung, daß bereits der gegenwärtige Stalins Kurs eine Kompromisspolitik sei, die zwingend zur Niederlage des Sowjetjowets, zur Kapitulation vor den Großbauern führen müsse. Die Linksoption fordert daher rückwärtssozialistische Industrialisierung auf Kosten, ja im Gegenzug zu den Bauern. Über diese grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik geht zur Zeit ein erbitterter Kampf innerhalb der kommunistischen Partei vor sich. Die herrschende Richtung beschuldigt die Rechtsopposition der Sympathien für bürgerlich-demokratische Bestrebungen. Sie wagt es aber nicht, gegen die Rechtsoppositionellen mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen, wie sie das gegen die Linksoption getan hat.

Es liegt nun auf der Hand, daß dieses Zerwürfnis innerhalb der herrschenden Partei die Masse der Parteimitglieder irre machen muß. Die drohenden Meinungsverschiedenheiten haben die verhängnisvolle Auswirkung, daß es der Diktatur des Proletariats, die von der kommunistischen Partei ausgeht wird, bereits an der unbedingt erforderlichen Einmütigkeit und Geschlossenheit fehlt, um Zustand der auf die Dauer unabwendbar ist und zu einer Aufspaltung in verschiedene Parteien und damit zu einer Auflösung der Diktatur führen muß. Die folgende Aktivität der Dörpörsoffizie, die mangelhaften wirtschaftlichen Erfolge und die lange Feilschmanne, die die Diktatur währt, bringen es mit sich, daß die Werbestraft des Systems nachläßt und selbst in Kreisen der unbedingten Anhänger der kommunistischen Partei die Schwungkraft der Idee zu erlahmen beginnt. Wenn man zudem noch berücksichtigt, daß die „Polenist“ innerhalb der Partei auch auf die Rote Armee übergegriffen hat, so erscheint die Meinung berechtigt, daß die Herrschaft der kommunistischen Partei in Rußland nicht mehr die Festigkeit aufweist wie etwa vor drei, vier Jahren und daß die Frage, in welcher Richtung sich der russische Sozialismus entwickeln werden, darin beantwortet werden kann, daß die Annäherung demokratischer Lebensformen sich mit einer gewissen Zwingenlosigkeit ergeben muß. Mag sein, daß es noch alle Weile hat, bis sich demokratische Lebensformen durchsetzen, und sicherlich auch die Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes der gegenwärtigen Verhältnisse nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Immerhin erscheint als das Gegebene und Wahrscheinliche eine Wandlung der Sowjetpolitik in der Richtung eines ausgesprochenen Entgegenkommens gegenüber der Bauernschaft. Gewiß würde das eine Kapitulation vor den Bauern bedeuten, aber auch die erscheint durchaus nicht unwahrscheinlich, zumal eine Entwicklung in der Richtung einer Bauerndemokratie, unter Beibehaltung gewisser aus dem Sowjetismus sich ergebenden Eigenarten, von einer einflussreichen Richtung, der Rechtsopposition innerhalb der Sowjetregierung, angefochten wird.

## Regierungswechsel in Österreich.

Selten ist in der Geschichte der modernen Staaten ein Politiker mit einer gleich founärdnen Gehe von dem Podium des politischen Ozeaners eines Landes abgetreten, wie der bisherige österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der unmittelbar nach den Opferreichen Jahren der allgemeinen Überduldung sein Amt als Regierungschef zu Verfügung stellte. Die Erklärung, mit der er vor dem Ministerkoll seinem Schritt motivierte, gipfelte in dem Wunsch, nicht länger durch seine Person ein Hindernis für den innerpolitischen Ausgleich zu bilden. Es entsprach dem Format dieses Staatsmannes, daß er aus eigenem Entschluß und freiem Willen einen Schritt tat, zu dem ihn niemand hätte drängen können, denn es gab niemand in Österreich, der Dr. Seipel stützen konnte; einen Schritt jedoch, der, nach seiner Einsicht in die innerpolitische Struktur des Landes, getan werden sollte. Diese Struktur zeigte das Bild eines in seinen Geleisen festgefahrener Parlamentarismus, der nur durch einen überausgehenden Situationswechsel zu neuem Leben und innerpolitischer Entwicklung erweckt werden konnte.

Es ist kein Zufall, daß in den beiden deutschen Staaten Mitteleuropas nach Überwindung der unendlichen Schwierigkeiten, die der Krieg und die politische Niederlage in den Ländern hinterließen hatten, ein Zustand eintrat, der hier wie dort, vielleicht etwas vor-

zeitig und oberflächlich, als Krise des Parlamentarismus bezeichnet wurde. Es kann nicht wundernehmen, daß es den Regierungen der schwergeprüften deutschen Staaten leichter war, auf der Grundlage einer absoluten Demokratie der unermesslichen Gefahren Herr zu werden, welche sie von außen und von innen bei dem ersten Anzeichen nach dem Kriege in ihrem Bestande bedrohten, als mit Hilfe desjenigen rein demokratischen Systems und die sekundären innerpolitischen Probleme zu meistern, auf deren Behandlung der neue Regierungsapparat nach Beseitigung der konstitutionellen monarchischen Staatsform noch nicht eingestuft war. Aber sowohl im Reiche wie in Österreich mußte einmal der Augenblick kommen, der nach Sicherung der Existenzgrundlagen des deutschen Volkes die Einleitung einer auch innerpolitisch normalen Entwicklung bedeutete. Daß sich das neue Regierungssystem hier wie dort nicht ohne eine gewisse Unsicherheit dieser Aufgabe zuwenden konnte, ist leicht erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß erst vor wenigen Monaten die Neuordnung der Dinge ihren zehnten Geburtstag beging.

Um von dieser grundlegenden Erwägung, welche die gemeinsamen Merkmale der jüngsten Geschichte des deutschen Volkes ungeachtet seiner derzeitigen Trennung in verschiedene Staatskörper aufzeigt, zu den Vorgängen in Österreich zurückzukehren, ist zu sagen, daß

die mühsamen, über einen Monat dauernden Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung naturgemäß alle Probleme aufrollten, welche für die nahe Zukunft der auf österreichischem Boden lebenden deutschen Bevölkerung schicksalgebend sein werden. Die fundamentalen Divergenzen zwischen der bisherigen Regierung und der Opposition in der volkswirtschaftlich grundlegenden Frage der Wohnungsreform und stappweisen Aufwertung der Mieten, in Hinsicht der sogenannten Grundfrage, welche die Abgrenzung der verwaltungsmässigen Kompetenzen zwischen dem Staat und seinen Kändern zum Gegenstande haben, in dem Problem der Strafrechtsverbesserung und der Modernisierung des Preßgesetzes, ferner die schon während der letzten Regierungsperiode zutage getretenen Auseinandersetzungen über kulturpolitische Probleme innerhalb der bisher isolierten Regierungsparteien, die Gegenfälligkeiten zwischen dem Bund und den Kändern, die Meinungsverschiedenheiten in wichtigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Angelegenheiten, die sich vornehmend im Schoße der größten Regierungspartei selbst, der christlichsozialen, abgespielt haben: Dies alles stand in den langwierigen Vermittlungen, das neue Fundament für die parlamentarische Erzielung dieser Probleme zu bilden, auf der Tagesordnung. Kein Druck von außen, nicht die Dringlichkeit von Fragen, die an die Existenzgrundlage des Staates rührten, so wirtschaftlich bedeutend die ungelösten innerpolitischen Aufgaben sind, erzwingen einen raschen Entschluß. Es war möglich zu warten, bis sich die Lösung der aktuellen Politik wenigstens in verschömmenen Umrissen ausgereift zeigte, bevor man an die Frage der Neubestimmung einzelner Ministerien und vor allem des Kabinetts selbst herantrat. Daß sich im Laufe dieser Verhandlungen mehr denn je auch der schon früher stark empfundene Mangel aus neue herausstellte, daß das österreichische Staatsrecht nicht jener gerade in Krisenzeiten besonders wichtige Stabilitätsfaktor ist, der eine notwendig gewordene Zersplitterung der obersten Staatsverwaltung jenseit lenkt, sondern sich die Entscheidung in einem sicher unerfreulichen parlamentarischen Hin und Her gewissermaßen von selbst herauskristallisieren muß, sei nur nebenbei erwähnt und hat selbstverständlich nicht zu einer Verkürzung des Verfahrens beitragen können.

Es wird vor allem interessieren, inwiefern von einer bereits teilweise ausgereiften Vereinigung der oben skizzierten aktuellen Staatsaufgaben die Rede sein kann. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und der Opposition kam ein außerordentlich bedeutungsvoller Kompromiß in der Hauptfrage zustande. Sie erklärte ein grundsätzliches Einverständnis mit einer teilweisen Valorisierung der Mieten bis zum Jahre 1931, in dem die termingemäßen Neuwahlen die Entscheidung über die vom Volk selbst gewollte weitere Gestaltung dieser Fragen bringen sollen. Die Befriedungen innerhalb der früheren und schließlich wiederum zu einer politischen Gemeinschaft zusammengekommenen Koalitionsparteien zeitigten neue Vereinbarungen über die Behandlung bzw. Ausdehnung kulturpolitischer Probleme aus dem Arbeitsfeld der neuen Regierung, ferner wichtige Entscheidungen über die grundsätzliche Behandlung außer brennender handelspolitischer Schwierigkeiten, die Auseinandersetzungen innerhalb der christlichsozialen Partei, in deren Schoße das Spiel der Kräfte zwischen den mannigfachen Strömungen, den Interessentengruppen verschiedener sozialer Schichten, wie es bereits überall das Schicksal sozial-universaler Volksparteien geworden ist, in jeder Phase der andrehenden parlamentarischen Reorganisation der wichtigsten Schlichter zur Lage war, brachten neue Erkenntnisse über die Verteilung der Kräfte, ihre Stärke und Gliederung, so daß auch in dieser Hinsicht manches Moment der Unsicherheit verschwand, das bisher zur Unklarheit der Situation beigetragen hatte. Mag man daher auch viel und manchmal mit Recht von einem bescheideneren Eindruck der langwierigen Verhandlungen gesprochen haben, während dieser Zeit sind doch vielleicht mehr politische Fortschritte erzielt worden, als oft in vielen Monaten einer stabilen Regierung.

Erst nach Schaffung grundsätzlicher Arbeitsmöglichkeiten ging man an die Entscheidung über Personenfragen, die vorher zwar auch schon eine gewisse Rolle gespielt, aber nicht entscheidend gewesen waren. Nach den obigen Ausführungen kann es nicht wundernehmen, daß eine Neubestimmung wichtiger Ressorts angestrebt wurde. Hatte der Bundeskanzler Dr. Seipel einerseits selbst den Wunsch fundiert, die Leitung der Regierungsgeschäfte abzugeben, so muß es andererseits auch als psychologisch durchaus verständlich erscheinen, daß nicht derselbe Staatsmann in Verbindung mit seinen englischen Mitarbeitern auch die weitere Behandlung innerpolitisch zwar sehr bedeutsamer, aber im ganzen gesehen doch sekundärer Aufgaben übernehmen wollte, der die internationale Effizienzförderung und finanzielle Förderung seines Landes mit einem Erfolge durchgeföhrt hatte, der von der ganzen Welt mit Recht bewundert wurde. Das überwiegende wirtschaftlicher Momente für das weitere politische Gelingen Österreichs und für den notwendigen Ausgleich starker

volkswirtschaftlicher Gegensätze ließ von vornherein die Übernahme der Regierungsgeschäfte seitens eines Kabinetts mit wirtschaftlich besonders versierten Politikern als die zweckmäßigste Lösung erscheinen. So kam es, daß eine Persönlichkeit zum Bundeskanzler berufen wurde, die bisher in erster Linie, in Theorie wie in Praxis, auf volkswirtschaftlichem Gebiete hervorgetreten war und deshalb auch allseitige Zustimmung fand.

Der neue österreichische Regierungschef Ernst Ritter von Streeruwitz stammt aus einer vor 300 Jahren gedachten deutschböhmischen Familie, zu deren vorwiegender Tradition wirtschaftsfindes und politisches Föhrtum gehörte. Sein Vater, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Georg Adolf von Streeruwitz, ließ seinen Sohn zunächst die militärische Laufbahn einschlagen. Nach einigen Jahren Militärdienst als aktiver Offizier beim 7. Dragonerregiment wählte er sich dem technischen und juristischen Studium, um bald darauf in verschiedenen industriellen Positionen an führender Stelle tätig zu sein. Er gehörte dem Vorstand einer Reihe von wirtschaftlichen und technischen Vereinen an, war Vizepräsident der Wiener Handelskammer sowie des Wiener Industriellenklubs, Oberkurator der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt, Obmann des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie Niederösterreichs und erwarb sich große Verdienste als Bevollmächtigter der Regierung bei der Unterzeichnung über den Zusammenbruch der Zentralbank deutscher Sparbanken.

Ist die wirtschaftspolitische Arbeit des neuen Kanzlers, der u. a. auch an der Zersplitterung des österreichischen Sozialismus regien An teil nahm, schon bisher weiteren Kreisen bekannt geworden, so war die Kenntnis von seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auf kleinere Kreise beschränkt geblieben. U. a. figurierte er in einer Zeitschrift „Panorama“ eine Art „Saufungsprogramm der Weltwirtschaft“, für das er neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit wie zwischen Industrie und Landwirtschaft verlangt und die Befreiung von abgehandenen Theorien und unbrauchbaren Phrasen fordert. Überall trat er für eine grundlegende Neugestaltung der Dinge ein.

Sein mit ebenso großem Ehos wie realpolitischer Klarheit erfülltes Weltbild trat schon in seiner Regierungserklärung klar zutage. Die Eindämmung einseitiger Parteipolitik, Verbindung des höchsten Parteibaders, Schaffung der Voraussetzungen für einen nach jeder Auffassung durchaus möglichen Arbeitsfrieden, Befreiung der Demokratie von jedem Druck seitens undemokratischer Faktoren, Hebung der Wirtschaft durch ein grundlegendes Wirtschaftsprogramm, sowie eine zweckmäßige Handelspolitik sind einige der Hauptziele des neuen Kanzlers.

In seiner außenpolitischen Orientierung dominiert das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich, dessen primäre Bedeutung er für die internationale Lage Österreichs nicht nur in einem konventionell hergeleiteten Telegramm an den Kanzler des Reichs, sondern auch in seiner Eigenschaft als gleichzeitiger Außenminister des neuen Kabinetts bei seinen außenpolitischen Ausführungen in den Vordergrund rückt. Streeruwitz ist immer der eifrigste Dorkämpfer des Gedanken einer Wirtschaftsunion mit Deutschland gewesen, der u. a. über Aeln und Donau als Wirtschaftsprogramm interessante neue Gesichtspunkte entwickelte. Allerdings war seine Arbeit auf diesem Gebiete stets von fadhigen Voraussetzungen ausgegangen und hat sich billiger, sentimentalere Effektivschere entzogen.

Auch die anderen neuen österreichischen Minister verstärken den Eindruck, daß das gegenwärtige österreichische Kabinett die Lösung der innen- wie außenpolitisch gleich wichtigen Wirtschaftsprobleme in erster Linie anstrebt. Der neue Vizekanzler und frühere Bundeshauptmann von Kärnten, Schumy, hat sich nicht bloß im nationalen Abwehrkampf gegen das Vordringen des Slawentums im Süden Österreichs große Verdienste erworben, sondern ist auch ein bewährter Führer der im Lande organisierten Bauernschaft von Kärnten. Dem neuen Finanzminister Dr. Mittelberger geht der Ruf voraus, die Vorratgeber Landesfinanzen in vorbildlicher Weise verwaltet zu haben, so daß gute Gewähr gegeben erscheint, daß er die hervorragende finanzpolitische Begabung des bisherigen Finanzministers Dr. Kienbock zu ersetzen vermag. Der neugewählte Landwirtschaftsminister födermayer wie der neue Leiter des Unterrichtsressorts Czernak haben sich von den ihnen beige zugewiesenen Gebieten bereits den Namen von hervorragenden Autoritäten verschafft, so daß man vom neuen Ministerium mit größter Berechtigung auf allen Gebieten gediegene fachliche Arbeit erwarten kann. Es besteht wohl kein Zweifel, daß das gesamte deutsche Volk die neue österreichische Regierung mit dem herzlichsten Wünsche begrüßt, sie möge die schweren Aufgaben, die ihr zu lösen übriggeblieben sind, zum Segen der deutschen Gesamtheit erfüllen.

## Zum Tode Friedrich Lienhards.

Mit Friedrich Lienhard ist ein Mann dahingegangen, dessen ganzes dichterisches Verlangen auf eine Erfassung des inneren Menschen eingestellt war. Nicht nur seine Liebe zur Landschaft und angekommenen Heimat des Elsfj, viel mehr noch sein Streben nach einem Menschentum voller Kraft und Einheit, klassischer Bildung und Kunst stempelten ihn zum Neoromantiker. Seine Werke, dramatische und erzählerische Natur, wurzeln in der deutschen Vergangenheit. Als Eulenspiegel, König Arthur, Gottfried von Krakburg, Wieland der Schmied, Mündschaffen, die Schilbbürger sind die Vorlagen, denen er eine anmutige künstlerische Form sowohl im Fiktionell wie in der Tragödie zu geben weiß. Lienhards Verhältnis zur geschichtlichen Vergangenheit, seine besondere Auffassung von der deutschen Klassik, seine geistige Demut vor Weimar, nicht zuletzt aber auch seine Gesinnung gegen die Moderne brachten ihn im Laufe der Jahre in einen starken Gegensatz zu allem, was sich als neues künstlerisches Wollen an die Oberfläche drängte. Lienhard hielt die Entwicklung nicht Schritt. Der Industrialisierung der Wirtschaft und der damit verbundenen Entidealisierung des Lebens fand er, wenn nicht feindlich, so doch verständnislos gegenüber. Daß ihm Berlin ein besonderer Stein des Anstoßes wurde, bringt ihn mit allen denen in eine gemeinsame Kampfrichtung, die die Zustände der großstädtischen Entzweiung nicht aus dem Soziologischen, sondern aus dem Geistig-Gemüthlichen beurteilen. Aus dieser rückwärts gerichteten Einstellung heraus konnte er auch zu dem neuen Deutschland kein Verhältnis gewinnen.

Der Industralisierung der Wirtschaft und der damit verbundenen Entidealisierung des Lebens fand er, wenn nicht feindlich, so doch verständnislos gegenüber. Daß ihm Berlin ein besonderer Stein des Anstoßes wurde, bringt ihn mit allen denen in eine gemeinsame Kampfrichtung, die die Zustände der großstädtischen Entzweiung nicht aus dem Soziologischen, sondern aus dem Geistig-Gemüthlichen beurteilen. Aus dieser rückwärts gerichteten Einstellung heraus konnte er auch zu dem neuen Deutschland kein Verhältnis gewinnen.

Die Geltendmachung materieller Werte in Kunst und Politik schien ihm sittlicher Abgrund zu sein. Er glaubte an die „sozialistische Höherführung“ der Völker durch Größtaten des Herzens „fongential den Größtaten des Krieges“. Er haßte den Mammonismus wie den Materialismus, die Genußsuche der Menschheit auf einer mittleren Stufe, dort wo Liebe wächst „zum Ewigen in den Dingen“. Sein Vertrauen auf den aufsteigenden Sendung war ungeheuer, aber nicht übermäßig. Den Aufbruch gegen England lehnte er mit dem feinen Gefühl für die darin ausgesprochene propagandistische Sünde ab. Sein Idealismus war ohne Falsch, wenn auch nicht ohne Fehler. „Ich erwarte in Deutschland das Wiedererwachen der spirituellen oder metaphysischen Welt. In dem dieses Erleben aufgibt, der Mensch aus einem schwachen Kometen ein bewußter Planet und schließlich Sonne geworden: er hat die Wärmequelle ober die Welt fortan in seinem eigenen Innern.“ Lienhard hat nie begriffen, daß ihn der einfache Mann nicht mehr verstehen konnte. Daß sich sein ganzes Schicksal um Weimar und die ausgegrabene Beigefalt jener Zeit nur an das Publikum mit Gymnasialbildung richtete, daß er selber die Beziehung mit dem Naturboden der Landschaft verloren hatte und sich in einer Kulturlandschaft bewegte, die nur noch einem kleinen Kreis von Gebildeten etwas bedeuten konnte. Der Roman „Oberlin“ dürfte als sein gelungenstes Werk anzusehen sein. Zuletzt hat er im „Chüringer Tagebuch“ versucht, diese Welt der deutschen Vergangenheit lebendig zu machen. Es ist ihm nicht gelungen trotz großer Anstrengung. Die ererbte Welt der Kultur, der besten Schiller, der besten Goethe und der besten Lessing kann sich nicht mehr wiederholen. Heute kämpft die Maschine, lurt der Werkstoff, kümmern die Motoren und kümmern den letzten Rest verträumter Romantik aus der Gegenwart heraus. Der Geist dieser neuen Zeit erschließt sich nur dem Tüchtigen.

Dr. H.

## Jugend und Politik / Von Ernst Hirschbach, stud. jur.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dieser zweite Satz der Weimarer Verfassung begründet das höchste Recht des deutschen Volkes, das Selbstbestimmungsrecht über sein Schicksal, aber er begründet auch zugleich die Pflicht der politischen Bildung. Gehebet der sonstigen Selbstbildung ist diese politische Bildung in der Familie und in der Schule immer etwas zu kurz gekommen: „Politik verdrängt den Charakter“, „der Junge soll daselbe wöhlen wir wir“, „Politik lernt man schon aus der Zeitung“, — mit solchen Gründen wurde die politische Erziehung vernachlässigt. Der Erfolg war eine erschreckend große Anzahl von Gleichgültigen und Trägern, von Bierbonapartisten und englischen Parteimännern. Wie ist dem abzuhelfen? Nur durch Erziehung der Jugend zum politischen Denken.

Nenn nun in der Jugend kann die prinzipielle und weltanschauliche Grundlage der Parteien ihren „realpolitischen“ Kompromissen gegenüber in den Vordergrund gerückt werden. Wenn man erst einmal „im Leben steht“, seine Abneigung und Abneigung ließ und eingeschriebenes Parteimitglied ist, dann treten praktische Fragen, Fragen der Parteistatistik und Parteipolitik vollständig in den Vordergrund, und man vergißt ganz und gar, daß all die Entscheidungen, die jede Partei täglich in dieser Fragen stellen muß, herauszuweisen aus einer festen und bestimmten Weltanschauung. Und man vergißt ferner, daß dieses Prinzipielle, dieses Programm einer konservativen und einer liberalen Partei, auch wieder organisch herauszuweisen ist aus einem konservativen und einem liberalen Menschentypus, der immer bestanden hat und immer bestehen wird. Eltern und Schule müssen — erheben — in den Jungen und Mädchen eine feste prinzipielle Grundlage schaffen, auf der sich dann das hohe und weltanschauliche Gebäude der realpolitischen Entscheidungen aufbauen kann. Aus einer festen Grundanschauung — sie mag sein, wie sie wolle — müssen die Entscheidungen in tagespolitischen Fragen organisch herauszuweisen.

Zweitens: Nur die jungen Menschen, die sich in der Schule, auf Wanderschaften und in Vereinen ganz genau fernengeliebt haben, nur sie werden es lernen, die Parteizugehörigkeit von der Persönlichkeit zu trennen, politische Gesinnung nicht mit Charakter- und Geisteskräfte gleichzusetzen.

Diese Gefahr, daß die Parteizugehörigkeit überschätzt und zum Wertmesser des ganzen Menschen gemacht wird, ist für die Jugendlichtung schon deshalb nicht allzu groß, weil die Politik bei ihnen ja nie die Hauptrolle spielt und auch gar nicht spielen soll. Sie soll aus ihrem Leben nicht ausgeschlossen sein, aber nie und nimmer sollen die Jungen etwa Politiker werden. Und so ist auch die Gefahr nicht zu befürchten, daß politische Debatten Haß und Zwißtracht in die oft erst mühsam errungenen Schul- oder Vereinsgemeinschaften oder gar in die Familie freuen. Jugend, die durch lange Schuljahre, durch Wanderungen und gemeinsame Abende fest zusammengewachsen ist, die wird politische Fragen mit derselben Leidenschaft und derselben Freude, aber auch mit derselben „Sachlichkeit“ behandeln, mit

der sie oft über Kunst und Literatur gesprochen hat. Aber das wird sie lernen: daß jede politische Überzeugung feste wohl treu guten Gründe und schönen Ideale hat und daß jeder Partei anfängliche und vernünftige Reue anhängt.

Drittens: In der Schule, bei den Freunden hat doch fast immer jede Ansicht, von der kommunisistischen bis zur rechtslichen, wenigstens einen Vertreter; nur dort kann ein Junge aus der einfältigen politischen Atmosphäre des Elternhauses herausgerissen und mit dem Willen und Streben aller Parteien bekanntgemacht werden. Wenn die Schule nicht für politische Auffklärung sorgt, dann ist es für einen großen Teil der Jugend fast immer zu spät. Und das ist schließlich doch gerade das höchste Ziel der Erziehung: Zweifel zu erregen, Kämpfe zu stiften, suchende Menschen zu bilden. Nichts ist schlimmer als sogenannte Überzeugungen, die auf nichts anderem beruhen als auf der Unkenntnis anderer Meinungen oder — noch schlimmer — auf der Faulheit, darüber nachzudenken. Da haben auch die Eltern kein Recht einzugreifen und zu sagen: Verhonet unseren Jungen mit Politik, er soll unsere politische Überzeugung erben, denn wir haben erkannt, daß die die richtige ist. Nein, verehrte Eltern, wenn Jene Überzeugung die richtige ist, wird er sich aus den vielen Ansichten, die ihm entgegenstehen, zu ihr durchringen. Aber dieses Ringen, dieses Kämpfen, das darf ihm nicht fehlen, das ist, in der Politik wie überall, das Schöne und Menschliche an ihm.

Und viertens: Mit neunzehn Jahren macht der normale Schüler jetzt sein Abitur; ein Jahr später tritt er in die Wahlurne, um stückweise über sein oder Nichtsein von Generationen mitzubestimmen. Dieser Zeitpunkt ist nicht zu früh: — wenn Haus und Schule ihre Pflicht getan, wenn sie den Jungen politisch denken gelehrt haben.

Zu diesem politischen Denken ist kein Junge jung. Natürlich ist er nicht denselben Überbild und dieselbe Reife wie — stückweise — fünfzig Jahre später, aber dann dürfen Jungen ja überhaupt über nichts diskutieren. Wenn sie sich über mittelalterliche Plastik unterhalten, so haben sie auch nicht denselben Überbild wie ein Alterer, der mehr gesehen und gelesen hat, oder gar wie ein Kunsthistoriker, der sich speziell damit beschäftigt. Solange die Jugend überhaupt diskutiert und sich unterhält — und es gibt bestimmt nichts, was jungen Jungen so anregt, mitleidet, zum Mitdenken zwingt, wie diese Diskussionen —, solange sind sie zu politischen Debatten nicht mehr oder weniger unfähig als zu anderen.

Es gibt viele praktische Wege der Erziehung zur Politik. Politische Debatten in Deutsch- und Geschichtsstunden, politische Arbeitsgemeinschaften, Vereine für Politik, Vorträge und Diskussionen, schließlich, als Wichtigstes, die Unterhaltungen zu Hause. Die Hauptaufgabe ist, daß die unbedingte Notwendigkeit einer Erziehung zur Politik erst einmal erkannt wird, Mittel und Wege werden sich dann schon finden.



# Chronik des Versailler Vertrages

Von Karl Linnebach.

## I Zur Vorgeschichte

### A. Die wirklichen Kriegsziele der Feinde Deutschlands<sup>1)</sup>

Frühjahr 1872.

Präsident Thiers erklärt dem deutschen Botschafter Graf Arnim, daß Frankreich eine Änderung des Frankfurter Friedensvertrages anstreben müsse.



Thiers.

Zur Zeit freilich sei Frankreich nicht in der Lage, einen neuen Krieg zu führen. „Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit anderen Mächten geraten sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein; darum sei aber gar nicht gesagt, daß Frankreich in einem solchen Fall gegen Deutschland auftreten müsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Konzessionen zu erkaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unnötig machen könnten.“

Bericht des Grafen Arnim vom 6. März 1872.

3. Dezember 1884.

Der französische Botschafter in Berlin, Baron Courcel, berichtet, Bismarck habe ihm gesagt: „Ich wünsche dahin zu kommen, daß Sie uns Sedan vergeben, wie Sie Waterloo vergeben haben, und fähr dann fort: „Wenn wir darauf hören, würde vielleicht ein Nachfolger Bismarcks unseren Enkeln sagen: Ich wünsche, daß Sie uns eine neue Niederlage und eine neue Zerschückelung verzeihen, wie Sie Sedan verzeihen haben.“ Das beweist, wie ruchlos, verhängnisvoll und folgeschwer der Leichtsinn derer gewesen ist, die, verblendet durch vorübergehende Parteinteressen und irreführl durch früherige Geschichtslehren, es versucht haben, in den Augen Frankreichs die Verträge von 1815 zu rechtfertigen und in den Herzen der Franzosen den Groll über die schmerzlichen Amputationen jener Zeit zu beschwichtigen.“ (Mitgeteilt von Poincaré in der „Revue de la Semaine“ vom 11. Februar 1921.)

Januar 1912.

Französischer Ministerpräsident wird Poincaré, der in der „Revue de l'Université“ vom Oktober 1920 von sich bekannt hat: „In meinen Schuljahren streiften meine Gedanken, verdrüst durch die Niederlage, beständig über die Grenze, die der Frankfurter Frieden uns aufgezungen hatte, und wenn ich niederstieg aus den Wolken meiner Träume, sah ich in der Hoffnung, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen, den einzigen Lebenszweck meiner Generation.“



Poincaré.

1. August 1914.

Der russische Außenminister Sazonow teilt „Die von Poincaré ausgesprochene Ansicht“, Rumänien und Italien dadurch zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Mittelmächte zu gewinnen, daß den Rumänen Siebenbürgen, den Italienern Valona versprochen wird.



Sazonow.

3. August 1914.

Italienischer Botschafter in St. Petersburg nimmt mit russischem Außenminister das Gespräch „über die Bedingungen wieder auf, unter denen Italien sich entschließen würde, sich uns (Rußland) und Frankreich im Kampfe gegen Österreich anzuschließen“. Außer der Erwerbung des Trentino wünscht sich Italien „die Vorherrschaft auf dem Adriatischen Meer“ zu sichern und fordert zu diesem Zweck Valona. „Dabei wäre es bereit, auch zugunsten Griechenlands und Serbiens territoriale Vergrößerungen an der Adriatischen Küste zuzulassen.“

5. August 1914

Auf Grund einer Besprechung mit Poincaré und Viviani erklärt französischer Außenminister Doumergue dem russischen Botschafter



Viviani.

Iswolski: Frankreich sei einverstanden, daß Rußland nach Verständigung Englands durch Frankreich die Verhandlungen mit Italien fortsetze. „Wenn Italien in dem



Iswolski.

gegenwärtigen Krieg Rußland, England und Frankreich seine Unterstützung gewährt, würde die französische Regierung gern damit einverstanden sein, daß Italien bei Friedensschluß ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen Trentino und Valona erhält, wobei selbstverständlich Serbien und Griechenland ihrerseits territoriale Genugtuung an der adriatischen Küste erhalten.“ Auf Iswolskis Frage, „was die Wendung „ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen“ bedeute, antwortete Doumergue, daß sie Elsaß und Lothringen betrieft, deren Rückgabe an Frankreich in jedem Falle sichergestellt werden muß.“

7. August 1914

Die englische Regierung nimmt die Grundlagen an, auf denen Italien zum Anschluß an Rußland und Frankreich veranlaßt werden soll, hält es aber für notwendig, auch noch Triest anzubieten. Frankreich teilt Rußland sein endgültiges Einverständnis mit und schlägt vor, „die Klausel von den

<sup>1)</sup> Literatur: Deutsches Weltbild von 1919 „Deutschland schuldig!“, Graf Max Montgelas, Leipzig zur Kriegsschuldfrage, Berlin 1925. Friedrich Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914. Derselbe, Iswolski und der Weltkrieg. Derselbe, Iswolski im Weltkrieg.

„nationalen Wünschen“ Frankreichs auf die gleichen Wünsche Rußlands und Englands auszuweichen“.

Der russische Außenminister teilt dem Botschafter in Paris mit: Rußland, Frankreich und England sind geneigt, „Italien den Erwerb des Trentino, Triests und Valtinas nebst einer Vormachtstellung im Adriatischen Meere zu überlassen, wo außerdem an der Küste eine Gebietserweiterung zugunsten Serbiens und Griechenlands zugelassen werden würde unter der Bedingung, daß Italien seinerseits unverzüglich unter einem beliebigen Vorwand Österreich den Krieg erklärt und, indem es seine Flotte zur Versperzung des Auswegs der österreichischen Flotte aus der Adria vor-



schickt, mit seinen Truppen das Trentino besetzt“. Der russische Botschafter in Rom wird angewiesen, mit dem italienischen Außenminister in diesem Sinne zu sprechen, „und ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, in einem derartigen historischen Augenblick entschlossen vorzugehen“.

19. August 1914.

Am 18. August hatte der russische Botschafter in Paris, Iswolski, über den gewaltigen Eindruck berichtet, den die Havas-Nachricht über den Beschluß des Zaren: „die territoriale Unversehrtheit Polens wiederherzustellen und ihm die volle Autonomie unter Leitung eines Statthalters Seiner Majestät zu schenken“, in Paris hervorgerufen habe. Vertreter der polnischen Kolonie in Paris hätten ihm u. a. gebeten, „ihnen genaue Angaben darüber zu machen, welche Art Staatsverfassung wir Polen zu geben planten“. „Ich gestalte mir so sagen, daß es vielleicht erwünscht wäre, mit dem hiesigen polnischen Komitee direkte Beziehungen herzustellen und es zur erforderlichen Propaganda unter den deutschen und österreichischen Polen zu benutzen. Ich bitte um Weisungen.“ Der russische Außenminister antwortet am 19. August: „Havas-Agentur hat ... das Wort „Selbstverwaltung“ offenbar mit dem Terminus „Autonomie“ über-



sch, was Veranlassung zu falschen Schlüssen geben könnte. Vorläufig ist es verfrüht, die im Aufruf enthaltenen allgemeinen Versprechungen in juristische Formeln zu kleiden. Die gewohnte gesetzgeberische Tätigkeit des Landes (Rußlands) ist notwendigerweise zeitweilig eingestellt worden. Die als unaufschiebbar angesehenen Bedürfnisse Rußlands treten hinter den Forderungen der Kriegszeit zurück. Damit die Versöhnung des polnischen Volkes mit Rußland zu einer aufrichtigen und gefestigten wird, ist Vertrauen und duldsame Bereitwilligkeit, alle Fragen bis zur Beendigung des Krieges zu verlagern, erforderlich; eine solche Auffassung ist von unserer Reichs-

duma bekundet worden; eine solche müssen sich auch die Polen zu eigen machen. In diesem Sinne können Sie sich mit denen verständigen, die sich an Sie wegen Erklärungen wenden.“

5. September 1914.

Im Londoner Abkommen verpflichten sich England, Frankreich und Rußland, keinen Sonderfrieden zu schließen, und vereinbaren, daß bei Friedensverhandlungen keiner der drei Verbündeten irgendwelche Bedingungen ohne vorheriges Einverständnis der beiden anderen stellen darf.

14. September 1914.

Der französische Botschafter Paléologue berichtet dem französischen Außenminister über eine Unterhaltung, in der der russische Außenminister Sazonow dem englischen Botschafter Buchanan und Paléologue „seine nicht offiziellen Ideen über die Haltung entwickelt“, welche die Verbandsmächte „einnehmen müßten, wenn der gegenwärtige Erfolg ihrer Waffen von einem endgültigen Sieg gekrönt werden würde“. Dabei teilte Sazonow in großen Zügen mit, „wie er sich die Veränderungen denkt, an deren Durchführung auf der Karte und in der Ordnung Europas die drei Alliierten interessiert sein würden:

1. Das hauptsächlichste Ziel der Alliierten würde sein, Deutschlands Macht und seinen Anspruch auf militärische und politische Herrschaft zu brechen.

2. Die territorialen Änderungen müssen nach dem Nationalitätsprinzip bestimmt werden.

3. Rußland würde den unteren Lauf des Njemen und den östlichen Teil von Galizien annektieren. Es würde für Polen das östliche Posen, Schlesien und den westlichen Teil von Galizien annektieren.

4. Frankreich würde Elsaß-Lothringen zurücknehmen und einen Teil des preußischen Rheinlandes und der Pfalz hinzufügen.

5. Belgien würde in ... eine bedeutende territoriale Vergrößerung erhalten.

6. Schleswig-Holstein würde an Dänemark zurückgegeben werden.

7. Das Königreich Hannover wäre neu zu errichten.

8. Österreich würde eine dreifache Monarchie einrichten, die aus dem Kaiserreich Österreich, dem Königreich Böhmen und dem Königreich Ungarn bestehen würde. Das Kaiserreich Österreich würde nur die „erblichen Provinzen“ umfassen. Das Königreich Böhmen würde das heutige Böhmen und die Slowaken umfassen. Das Königreich Ungarn müßte sich mit Rumänien über Transsylvanien verständigen.

9. Serbien würde sich Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien und den Norden von Albanien einverleiben.

10. Bulgarien würde von Serbien eine Kompensation in Mazedonien erhalten.

11. Griechenland würde sich den Süden von Albanien mit Ausnahme von Valona aneignen, das an Italien kommen würde.

12. England, Frankreich und Japan würden die deutschen Kolonien unter sich teilen.

13. Deutschland und Österreich würden eine Kriegsschädigung zahlen müssen.“

„Herr Sazonow hat uns ... dringend gebeten, dieser Skizze eines Gemäldes, dessen Leinwand noch nicht gewoben sei, keine offizielle Bedeutung beizulegen. Aber einige Worte, die er mir besonders zuraunte, haben mich verlesen lassen, daß es ihm darauf ankommt, uns bereits in seine Gedankengänge einzuweihen, und daß er mehr denn je Wert darauf legt, in enger Fühlung mit uns zu sein.“

13. Oktober 1914.

Der russische Botschafter Iswolski berichtet über eine Unterhaltung mit dem französischen Außenminister Delcassé über französische und russische Kriegsziele. Delcassé erklärt, er habe 1913 „sehr oft und ganz offen“

mit dem russischen Außenminister Sasonow darüber gesprochen „und sich von der Gleichheit der sowohl von Frankreich als auch von Rußland verfolgten Ziele überzeugen können. Für sich selbst strebe Frankreich in Europa keinerlei Landerwerbungen an, mit Ausnahme selbstverständlicher der Rückgabe von **Elisav-Lohringen**. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und begnüge sich mit der Vernichtung der letzten Überreste der Algecirasakte und der Regulierung einzelner kolonialer Grenzen. Ferner sei das Hauptziel Frankreichs — und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solidarisch — die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es sei notwendig, es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung Deutschlands zu reden, sei noch zu früh. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers fordern, und dem würden natürlich weder Rußland noch Frankreich Hindernisse in den Weg legen. Schleswig und Holstein müßten zu Dänemark kommen, ungeachtet des zweideutigen Verhaltens der dänischen Regierung. England suchte ebenfalls nach keinen Erwerbungen in Europa, werde aber eine koloniale Erweiterung auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keinen Widerspruch erhebe. Was Rußland anbetrifft, so würden seine territorialen Forderungen in allgemeinen Zügen von selbst bestimmt, und Frankreich sei selbstverständlich von vornherein mit ihnen einverstanden. Außerdem werde Rußland natürlich die Freiheit der Meereengen und in dieser Beziehung ausreichende Garantien verlangen, und hier werde Rußland weitgehende Unterstützung von seiten Frankreichs finden, das in dieser Frage einen für uns nützlichen Einfluß auf England ausüben könne. Dabei hat Delcassé, indem er sich auf die Verhandlungen berief, die 1913 in Petersburg stattgefunden haben, eindringlich ihre (Sasonows) Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des unumgänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Zieles, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist. Am wenigsten bestimmt sprach sich Delcassé über die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Diese Frage interessiert die Franzosen weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches. Außerdem muß man, obwohl Delcassé das Gegenteil versichert, im Auge behalten, daß unzweifelhaft gewisse Sympathien der Franzosen für Österreich-Ungarn bestehen... Ebenso solche Sympathien bestehen in noch weit stärkerem Maße in England... Daher erscheint

es mir überaus erwünscht, rechtzeitig und vollkommen bestimmt sowohl das Pariser als auch das Londoner Kabinett mit unseren Ansichten über diese Frage bekanntzumachen. Wenn ich meine persönliche Meinung sage, so lasse ich keine Gelegenheit vorbegehen, um hier auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Habsburger Monarchie ein Ende zu bereiten, da sie einen vollkommenen Anachronismus darstellt, und die zu ihrem Beslande gehörigen Völkern, mit Ausnahme der Polen, zu einer selbständigen politischen Existenz aufzufordern. Dabei taucht unfehlbar eine ganze Reihe im höchsten Grade komplizierter politischer, geographischer und ethnographischer Fragen auf, über die man hier sehr wenig, in vielen Fällen aber falsch unterrichtet ist. Eine und vielleicht die wichtigste dieser Fragen ist der künftige Bestand des serbischen Königreiches. Ich bemühe mich, hier den Gedanken an einen einheitlichen und starken serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmatiens... als ein notwendiges Gegengewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien zu verbreiten. Zu diesem Zwecke habe ich Delcassé den hier eingetroffenen bekannten serbisch-kroatischen Politiker, den ehemaligen Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses Supilo, einen eifrigen Vertreter dieses Gedankens, vorgestellt. Meine Beweisgründe bleiben augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf Delcassé, doch ich halte es für überaus wünschenswert, ihn eingehend und in autoritativer Weise mit unserem Plan für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns bekannt zu machen... Ich bitte um dringende Mitteilung, über welche Summe ich für die Organisation der Propaganda der oben angegebenen Idee verfügen darf...



noch werde Rußland natürlich die Freiheit der Meereengen und in dieser Beziehung ausreichende Garantien verlangen, und hier werde Rußland weitgehende Unterstützung von seiten Frankreichs finden, das in dieser Frage einen für uns nützlichen Einfluß auf England ausüben könne. Dabei hat Delcassé, indem er sich auf die Verhandlungen berief, die 1913 in Petersburg stattgefunden haben, eindringlich ihre (Sasonows) Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des unumgänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Zieles, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist. Am wenigsten bestimmt sprach sich Delcassé über die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Diese Frage interessiert die Franzosen weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches. Außerdem muß man, obwohl Delcassé das Gegenteil versichert, im Auge behalten, daß unzweifelhaft gewisse Sympathien der Franzosen für Österreich-Ungarn bestehen... Ebenso solche Sympathien bestehen in noch weit stärkerem Maße in England... Daher erscheint

es mir überaus erwünscht, rechtzeitig und vollkommen bestimmt sowohl das Pariser als auch das Londoner Kabinett mit unseren Ansichten über diese Frage bekanntzumachen. Wenn ich meine persönliche Meinung sage, so lasse ich keine Gelegenheit vorbegehen, um hier auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Habsburger Monarchie ein Ende zu bereiten, da sie einen vollkommenen Anachronismus darstellt, und die zu ihrem Beslande gehörigen Völkern, mit Ausnahme der Polen, zu einer selbständigen politischen Existenz aufzufordern. Dabei taucht unfehlbar eine ganze Reihe im höchsten Grade komplizierter politischer, geographischer und ethnographischer Fragen auf, über die man hier sehr wenig, in vielen Fällen aber falsch unterrichtet ist. Eine und vielleicht die wichtigste dieser Fragen ist der künftige Bestand des serbischen Königreiches. Ich bemühe mich, hier den Gedanken an einen einheitlichen und starken serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmatiens... als ein notwendiges Gegengewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien zu verbreiten. Zu diesem Zwecke habe ich Delcassé den hier eingetroffenen bekannten serbisch-kroatischen Politiker, den ehemaligen Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses Supilo, einen eifrigen Vertreter dieses Gedankens, vorgestellt. Meine Beweisgründe bleiben augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf Delcassé, doch ich halte es für überaus wünschenswert, ihn eingehend und in autoritativer Weise mit unserem Plan für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns bekannt zu machen... Ich bitte um dringende Mitteilung, über welche Summe ich für die Organisation der Propaganda der oben angegebenen Idee verfügen darf...

26. April 1915.

Abschluß des Vertrages Italiens mit den Verbundmächten über Italiens Teilnahme am Krieg. Italien verpflichtet sich zur Teilnahme am Krieg „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften“, und zwar „in möglichst naher Zukunft und in jedem Falle nicht später als einem Monat nach Unterzeichnung“. Dafür soll Italien beim kommenden Friedensschluß erhalten: „das Gebiet des Trentino, ganz Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist; Stadt und Gebiet von Triest, die Grafschaften Görz und Gradisca; ganz Istrien bis zum Quarnero mit Einschluß Voloskas und der istrischen Inseln Cherso und Lussin und gleichfalls den kleineren Inseln Piavina, Unie, Canidole, Palazzoli sowie den Inseln St. Peter von Nembis, Asinello und Gruica nebst den benachbarten Inseln“. „In gleicher Weise erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrer jetzigen Gestalt... alle nördlich und westlich der dalmatischen Küste gelegenen Inseln“. „Italien erhält zu vollem Eigentum Valona, die Insel Sassano und ein genügend umfangreiches Gebiet, um es in militärischer Hinsicht zu sichern.“ „Wenn Italien das Trentino und Istrien... Dalmatien und die Inseln des Adriatischen Meeres... sowie den Busen von Valona erhält“, soll es sich der Aufteilung der nördlichen und südlichen Grenzstriche Albanien zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland nicht widersetzen. „Italien erhält zu vollem Eigentum alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.“ Großbritannien, Frankreich und Rußland erkennen das Recht Italiens an, „bei einer Teilung der Türkei einen gleichen Anteil wie die genannten drei Staaten an dem Mittelmeerbecken zu erhalten... Auf gleiche Weise sollen die Interessen Italiens auch in dem

Fälle Beachtung finden, wenn die territoriale Unversehrtheit der asiatischen Türkei durch die Mächte auch für einen weiteren Zeiteabschnitt aufrechterhalten werden, und wenn nur eine Abgrenzung zwischen den Einflusssphären stattfinden sollte." „In Libyen werden Italien alle diejenigen Rechte und Ansprüche zuerkannt, welche auf Grund des Vertrages von Lausanne bis jetzt noch dem Sultan zustanden." „Italien erhält denjenigen Teil der Kriegskontribution, der dem Maß seiner Opfer und Anstrengungen entspricht." „Im Falle der Erweiterung des französischen und englischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, für sich gewisse Kompensationen im Sinne einer Erweiterung seiner Besitzungen in Erythra, im Somaliland, in Libyen und in den Kolonien Frankreichs und Englands gegen die Kolonialgebiete zu verlangen." „Frankreich, England und Rußland nehmen die Verpflichtung auf sich, Italien darin zu unterstützen, daß Vertreter des Heiligen Stuhles zu irgendwelchen diplomatischen Schritten betreffend den Abschluß eines Friedens oder der Regulierung von Fragen,



die mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängen, nicht zugelassen werden sollen." Der Vertrag soll geheimgehalten werden.

17. August 1916.

Abschluß des Bündnisvertrages zwischen Rumänien und den Verbandsmächten. 1. Die Verbandsmächte garantieren die territoriale Integrität Rumäniens in ihrem ganzen gegenwärtigen Umfang. 2. Rumänien verpflichtet sich, Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären. 3. „Großbritannien, Frankreich, Italien und



der Theiß) und das Banat. 5. Die vertragschließenden Mächte verpflichten sich, keinen Sonderfrieden und den gemeinsamen Frieden nur mit gegenseitigem Einverständnis und gleichzeitig zu schließen. „Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland verpflichten sich ebenfalls, daß im Friedensvertrag die im Artikel 4 festgesetzten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie durch die rumänische Krone annektiert werden.“ Geheimhaltung des Vertrages bis zum allgemeinen Friedensschluß wird ausdrücklich vereinbart.

12. Januar 1917.

Ministerpräsident Briand instruiert den Botschafter Paul Cambon (London) über französische Kriegsziele: Rück-

gabe Elsaß-Lothringens, „nicht als neuer Zuwachs“, sondern „als unser Eigentum“, aber nicht in den verstümmelten Grenzen von 1815, sondern in den Grenzen vor 1790, einschließlich des ganzen Saarbeckens, „dessen Besitz für unsere Industrie wesentlich ist“. Die „Wiedergewinnung der Rheinprovinzen, die uns vor hundert Jahren geraubt wurden“, wird zwar von „guten Köpfen in Frankreich“ gefordert, könnte aber „als eine Eroberung angesehen“ werden und Schwierigkeiten bereiten. Daher besser einen Zustand herstellen.

„der eine Sicherheit für Europa ebenso wie für uns bietet, und der eine Deckung vor unserem Gebiete schafft.“ Deutschland darf „mit keinem Fuge mehr über dem Rheine stehen. Die Organisation dieser Gebiete, ihre Neutralität, ihre vorläufige Besetzung“ ist anzuregen. Frankreich muß die entscheidende Stimme bei der Lösung der Frage haben.



12. Februar 1917.

Russisches Außenministerium an russischen Botschafter in Paris: „Auf einer Audienz machte Herr Doumergue (französischer Abgeordneter, in besonderer Mission in Petersburg) dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumergue sprach die Hoffnung aus, daß die Kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit prinzipiell einverstanden zu erklären, infolgedessen bat ich Doumergue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die Kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: „daß, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenze Deutschlands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen.“ Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumergue angeregte Frage Anlaß, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit läßt... Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse telegraphisch mitteilen.“



# Zur Zeitgeschichte

## Chronik des Vertrages von Versailles.

Beginnend im zweiten Mai-Heft, endend im zweiten Heft des Dezembers 1929, erscheint regelmäßig als vierseltige Beilage zum „Heimatsdienst“ eine „Chronik des Vertrages von Versailles“. Sie enthält eine sorgfältig geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Taten, Vorgänge und Personen aus der zehnjährigen Geschichte des Vertrages. Wie hoffen, unsere Lesern damit einen wertvollen Gedächtnisheifer zu geben.

### Die Tagung

#### der Vorbereitenden Abrüstungskommissionen.

he. — Am 15. April trat der vor vier Jahren eingesehete Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz nach einjähriger Beratungskonferenz zu seiner sechsten Tagung in Genf zusammen. Unter dem Vorsitz des holländischen Gelehrten in Paris, Jonkheer F. O. N. N., nahmen diesmal 28 Staaten mit etwa 150 Delegierten und Sachverständigen an der neuen Tagung teil, darunter drei Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türkei.

Der Abschluß der vorjährigen Tagung, die vom 13. bis 24. März dauerte, befand darin, den russischen radikalen Abrüstungsvorschlag gegen die deutschen und russischen Stimmen zu verwerfen, den deutschen Antrag auf Veröffentlichung des Rüstungsstandes und den gemäßigteren russischen Vorschlag für schrittweise Abrüstung dem Studium der Regierungen zu empfehlen und ihre Prüfung auf der nächsten Tagung vorzunehmen. Die Wiederberufung der Kommission zur Vornahme der zweiten Sitzung des Konventionenentwurfes wurde dem Präsidenten überlassen, der die Kommission einberufen sollte, sobald er sich eine fruchtbringende Tagung verspricht, jedoch wenn möglich vor der nächsten Bundesversammlung“.

Die Völkerbundversammlung tagte, ohne daß vorher die „Commission préparatoire“ ihre Beratungen wieder aufnahm. So kam es im September 1928 zu der lebhaften Abrüstungsdiskussion im Plenum, die durch die bekannte Rede des Reichszanklers Müller eingeleitet wurde. Das Ergebnis der damaligen Debatte war abermals eine platonische, in sich widersprüchliche Entschliessung. Die Versammlung nahm unter Stimmenhaltung Deutschlands und Ungarns eine Resolution an, die lediglich dem Präsidenten des Völkerbundes Kommission nachtrug, diese möglichst zu Beginn des Jahres 1929 einzuberufen, in der aber von der Einberufung einer ersten Abrüstungskonferenz mit keinem Wort die Rede war, sondern alles von der Einigung der Seemächte über die Streiffrage der Flottenbeschränkung nach Gesamttonnage oder Schiffskategorien abhängig gemacht wurde. Dieser Beschluß bedeutete teilweise Abwandlung des Völkerbundes, denn er sah davon ab, eine klare Erfüllung der im Artikel 8 des Völkerbundespaktes enthaltenen Verpflichtung der Mittelmächte zu sichern, der diese zu einer „Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß verpflichtet, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzielung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist“, und in dem die Vertragsmächte versprachen, „sich in der offenen und erspänsendsten Weise gegenseitig ihre Zustände über den Stand ihrer Rüstung, über ihre Heer-, Flotten- und Luftfahrtsysteme und über die Lage ihrer auf Kriegszwecke einstellbaren Industrie zu kommen zu lassen“.

Bevor die sechste Tagung eröffnet wurde, hat der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, dem Präsidenten der Abrüstungskommission eine Denkschrift überreicht, die den Zweck verfolgte, auf die Fragen aufmerksam zu machen, die nach deutscher Auffassung unbedingt den Bestandteil eines internationalen Abrüstungsabkommens bilden und auf der Tagung der Abrüstungskonferenz zur Erörterung gestellt werden müßten.

Das Memorandum macht eine ganze Reihe konkreter, praktischer Vorschläge, wie bei klarer richtiger Festlegung die internationale Abrüstungskonferenz hinreichende Arbeit bekommen könnte. Das Memorandum an den Vorschlägen und Wünschen des Memorandums ist die Herausarbeitung des Grundgedanken, daß die Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen sich nur auf die im Frieden bestehenden Rüstungen beziehen konnten, von denen das sogenannte Potential da guerre scharf zu trennen sei. Ferner, daß neben dem personellen Faktor der heute hervorragende wichtige materielle Faktor herausgehoben wird, und daß beide Faktoren in bindende Beziehungen zueinander gesetzt werden.

Die sechste Komiteteagung stand seit ihrem Zusammenritt unter einem unheilvollen Stern, da ihr Vorsitzender London die Tagung mit der Erklärung eröffnete, daß die zweite Sitzung des Abrüstungskonventionenentwurfes gar nicht beabsichtigt sei, und erst

nach heftigstem Protest des deutschen Vertreters ließ er sich zu der Erklärung herbei, daß das Tagungsprogramm seinem Inhalt nach „einer zweiten Sitzung gleichkäme“. Kein Wunder, daß dieser Auftakt den ganzen Beratungen den Stempel aufdrückte.

Als Ergebnis aus den Beratungen über das sowjet-russische Teilabrüstungsprojekt ergibt sich die Tatsache, daß der Ausschuss durch die Annahme eines Gutachtens ausdrücklich die Vorbereitung einer tatsächlichen und fühlbaren Herabsetzung der Rüstungen als Zweck seiner Arbeiten erklärt, und daß der sowjetrussische Teilabrüstungsvorschlag nicht, wie i. Zt. der russische Vorschlag auf sofortige Totalabrüstung glatt abgelehnt wurde, sondern ganz abgesehen von der Geltendmachung der sowjetrussischen Abrüstungsgründsätze, als Anlage zu dem eigenen Abrüstungsentwurf des Vorbereitungsausschusses an die Abrüstungskonferenz weitergeleitet wird.

Aber das Ergebnis der nichteffektlichen Sitzungen zur Frage des chemischen Krieges wurde vom Präsidenten eine zusammenfassende Darstellung verlesen, der zugestimmt wurde. Danach wird das Verbot der Anwendung von Giftgasen und ähnlichen chemischen Kampfmitteln von der Gegenseitigkeitsklausel abhängig gemacht und bleibt dementsprechend auf die Staaten beschränkt, die eine solche Verpflichtung eingehen. Generell verboten wird dagegen der bakterienlogische Krieg.

Der deutsche Antrag auf Verbot des Bombenabwurfs aus jeder Art von Flugzeugen, Glatz Bernstorff in einmündiger volker Welt einsam auf die unmittelbaren Gefahren für die menschliche Zivilbevölkerung begründete, wurde gegen die Stimmen Hollands, Schwedens, Chinas, Sowjetrußlands und Deutschlands abgelehnt. In einer Zusatzabstimmung wurde einstimmig erklärt, daß mit dieser Ablehnung in keiner Weise eine Billigung von Angriffen aus der Luft auf Zivilbevölkerungen ausgedrückt wird.

Die Ausdrucksfrage über das Kapitel Luftstreitkräfte ergab verschiedene Zusatzanträge, ohne die Frage zu einem Abschluß zu bringen.

Bei der Behandlung der Effektivebestände der Landstreitkräfte gab der amerikanische Hauptdelegierte Gibson eine längere Erklärung ab, in der er die bisherige amerikanische Forderung einer Einbeziehung der ausgebildeten Reserve in das Abrüstungsabkommen fallen ließ. Bernstorff legt den bekannten deutschen Standpunkt über die Notwendigkeit der Einbeziehung der ausgebildeten Reserve entgegen und führte insbesondere die Gründe an, aus denen Deutschland auf die Anrechnung der ausgebildeten Reserve nicht verzichten kann. Bezugsnehmend auf die Erklärung des amerikanischen Hauptdelegierten gab Bernstorff der Meinung Ausdruck, daß es seines Erachtens sehr zur Klärung der Lage und zu einer Besänftigung der Arbeiten des Ausschusses beitragen würde, „wenn die Delegierten, die sich zu Konzeptionen bereit erklärt haben, sich möglichst bald darüber äußern würden, auf welchem Gebiete sie etwa Konzeptionen zu gemäßen geneigt sind“.

Nachdem der Grundsat der Einbeziehung der ausgebildeten Reserve abgelehnt war, erklärte Bernstorff, daß die deutsche Delegation der Mehrheit des Ausschusses die vollkommene Verantwortung für den weiteren Gang der Abrüstungsarbeiten überlasse. Die Mehrheit sei in ihren Beschüssen frei, und solle namentlich zeigen, wie sie eine fühlbare Herabsetzung der Landstreitkräfte erreichen wolle.

Nach Ablehnung dieser logischen Forderung fand sich auch in bezug auf das zweite einflussreiche Postulat, die Anrechnung des sogenannten militärischen Materials aller Art, eine ablehnende Mehrheit zusammen. Damit haben deren Vertreter eine Zeitwegungsformel aussandig gemacht, wonach die Begrenzung und Verminderung des Kriegsmaterials auf dem Wege über die Veröffentlichung der Ausgaben für solches Material gesucht werden müsse. Aber auch darin liegt noch nicht einmal die Verpflichtung zur Begrenzung; denn die bloße Veröffentlichung der Ausgaben, die ja sehr vorsichtig zusammengefaßt und errechnet werden können, verpflichtet noch nicht zu einer Einschränkung dieser Ausgaben. Die als letzter Punkt auf der Tagesordnung stehenden Berichte des Sicherheitskomitees wurden ohne Ausdrucks angenommen.

Als negatives Fazit ist also festzustellen: Ein Verbot des Gaskrieges mittels Flugzeugen wurde abgelehnt, die weitere Erbsen nicht zu Faktoren der Abrüstung erklärt, und die weitere Erbsen über die direkte Rüstungsbeschränkung wurde zugunsten der französischen über die indirekte, mit Hilfe der Budgetbeschränkung für Beeres-aufgaben demerkschliche Rüstungsbeschränkung von der Mehrheit abgelehnt.

Damit ist der Mißerfolg auch der sechsten Konferenz der „commission préparatoire“ augenfällig geworden. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat auf dem Bankett der ausländischen

Presse am 9. Mai die Tagung treffend charakterisiert, wenn er ausführt: „Die Dinge liegen nach dem Verlauf der letzten Genfer Beratungen so, daß man ungefähr zwar von einer gewissen Beschleunigung des Tempos sprechen kann, daß sich aber in der fachlichen Behandlung der Probleme eine Perspektive eröffnet hat, die in weitestgehendem Maße ein Verjagen der Grundidee der allgemeinen Abrüstung befürchten läßt.“

Don deutscher Seite ist unausgesetzt und mit den stärksten Argumenten das Gefühl und gefaßt worden, was zugunsten der Sache selbst notwendig und möglich war. Und auch die Vertreter der Mächte, die ein solches Abrüstungsergebnis verweigern, haben dabei in gleicher Richtung mitgewirkt. Daß sie nicht die Mehrheit bildeten, ergibt sich vom Teil vielleicht aus der Begrenzung der Vollmachten und dem Einzelheiten auf bestimmte Einzelziele, wie es die Vertreter der verschiedenen hochgeordneten Mächte für ihre Pflicht hielten. Aber das Glosse dieser Vorbereitungsarbeit, das schließlich auch für diese Mächte offensichtlich geworden sein muß, kann und darf weder die Abhaltung der endgültigen Abrüstungskonferenz, noch die Aufrollung des ganzen Problems vor dem größeren Forum verhindern, und man wird es, wie Graf Bernstorff erklärt hat, einwilligen ablehnen müssen, das jetzige Verhalten der Mehrheit des Ausschusses in der Frage der Kandidatur als das letzte Wort der im Ausschuss vertretenen und der dort stehenden, aber auf der Konferenz vertretenen Regierungen anzusehen.

Die Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission endete am 6. Mai mit dem Beschluß, die erneute Zusammenberufung der Kommission dem Präsidenten zu überlassen.

## Die zwölfte Internationale Arbeitskonferenz.

Die 12. Internationale Arbeitskonferenz beginnt am 30. Mai d. J. in Genf. Auf ihrer Tagesordnung stehen folgende Fragen: 1. Derhöhung vom Arbeitsunfällen (zweite Beratung), 2. Unfallschutz der Hafenarbeiter (zweite Beratung), 3. Zwangsarbeit in Kolonialländern (erste Beratung), 4. Arbeitszeit der Angestellten (erste Beratung).

Ferner wird der Konferenz wieder anlässlich der Vorlegung des umfangreichen Berichts des Direktors des Internationalen Arbeitsamts über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation im letzten Jahre Gelegenheit zu eingehender Aussprache über die internationale Sozialpolitik gegeben sein.

Wie sich aus der Tagesordnung ergibt, steht die Frage der Derhöhung vom Arbeitsunfällen und des Unfallsschutzes der Hafenarbeiter, d. h. des Schutzes der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle in diesem Jahre bereits zur zweiten Beratung. Die vorjährige Konferenz hat beide Fragen in erster Beratung erledigt und je einen Fragebogen formuliert, der den Regierungen der Mitgliedsstaaten zum Zwecke der Beantwortung zugesandt wurde. Auf Grund der eingegangenen Antworten liegt der diesjährigen Konferenz zu jedem dieser beiden Gegenstände der Tagesordnung ein Bericht des Internationalen Arbeitsamts vor. Dem Bericht über die Derhöhung von Arbeitsunfällen sind im Anhang zwei Entwürfe eines internationalen Vorschlags und ein Entwurf eines internationalen Abkommens beigegeben. Während der Abkommensentwurf Vorschriften über die Gewichtsbezeichnung der zu Schiff beförderten Säfen enthält, steht der eine der Vorschlagsentwürfe allgemeine Richtlinien für gesetzliche Maßnahmen zur Unfallverhütung, unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterorganisationen vor. Der andere Vorschlagsentwurf enthält Maßnahmen über die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Sicherung der mit motorischer Kraft betriebenen Maschinen.

Der Unfallschutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter ist Gegenstand eines besonderen Auftrages der Tagesordnung der 12. Internationalen Arbeitskonferenz. Aus dem hierauf bezüglichen Bericht des Internationalen Arbeitsamts geht hervor, daß sich fast alle Regierungen für die Annahme eines Abkommens zum dieser Frage ausgesprochen haben. Dem Bericht ist im Anhang ein vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellter Entwurf eines Abkommens beigegeben. Diese Entwürfe des Internationalen Arbeitsamts für die Abkommensentwurf und Vorschläge dienen der Konferenz als Beratungsgrundlage.

Die Frage der Zwangsarbeit in Kolonialländern wird von der 12. Internationalen Arbeitskonferenz in erster Lesung behandelt werden. Durch Artikel 421 des Friedensvertrages sind die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet, ratifizierte Abkommen auch in ihren Kolonien, Besitzungen und Protektorate durchzuführen. Hierfür müssen jedoch in zahlreichen Fällen noch Voraussetzungen geschaffen und Probleme gelöst werden, wie z. B. die Abschaffung der Sklaverei, Übergang der Sklavereiarbeit zur Lohnarbeit, Beseitigung der Zwangsarbeit, der Arbeit auf langfristigen Vertrag usw. Bereits die Völkervereinigung von 1926 hat eine Sklavereikonvention beschlossen und das Internationale Arbeitsamt ersucht, zu prüfen,

mit welchen Mitteln vermieden werden kann, daß Zwangs- und Pflichtarbeit in den Kolonien einen sklavereiähnlichen Charakter bekommt. Ein der 12. Internationalen Arbeitskonferenz vom Internationalen Arbeitsamt vorgelegter Bericht über Zwangsarbeit behandelt diese Probleme eingehend. In diesem Bericht wird gefaßt, daß die Beseitigung der Zwangsarbeit angeht werden muß. Sofern für gewisse Übergangszeiten noch Zwangsarbeit zulässig sein soll, darf sie nicht für private Unternehmer, sondern nur im öffentlichen Interesse unternommen werden und auch hier nur dann, wenn die Arbeiten unerlässlich sind, aber wenn die erforderlichen Arbeitskräfte nicht auf dem freien Arbeitsmarkt angeworben werden können. Als Maximalarbeitsdauer für solche Arbeiten schlägt das Internationale Arbeitsamt acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich vor. Kinder, Frauen, Greise und gebrechliche Personen sollen zu solchen Arbeiten nicht herangezogen werden dürfen. Der Lohnsatz soll sich nach den für die gleiche Arbeit bezahlten ortsüblichen Löhnen richten. Die erste Beratung dieser Frage auf der Internationalen Arbeitskonferenz hat den Zweck, einen Fragebogen zu formulieren, der dem Internationalen Arbeitsamt den Regierungen zum Zwecke der Beantwortung zugesandt wird. Auf Grund der eingehenden Antworten wird dann der nächsten internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1930 vom Internationalen Arbeitsamt ein Bericht vorgelegt werden, auf Grund dessen die Konferenz über die Annahme eines internationalen Abkommens oder Vorschlags über die Frage der Zwangsarbeit und die Art ihrer Regelung entscheiden wird.

Nach dem gleichen Verfahren wird auch die Frage der Arbeitszeit der Angestellten behandelt. Zur diesjährigen Konferenz liegt ein Bericht des Internationalen Arbeitsamts über die gesetzliche und anderweitige Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in mehr als 40 Ländern vor. Die Behandlung dieser Frage ist das Betreten der Internationalen Arbeitsorganisation, auch den Angestellten der Arbeitszeit zu gewähren, der einem großen Kreis von Arbeitnehmern durch das von der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1919 angenommene Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag international zugesichert wurde. Zwar unterscheidet das Washingtoner Abkommen nicht zwischen Arbeitern und Angestellten, aber sein Geltungsbereich erstreckt sich nur auf die gewerblichen Betriebe, so daß die große Masse der Arbeitnehmer im Handel, in Büros und anderen nicht gewerblichen Betrieben nicht in den Genuß dieser Maßnahme kommen. Wie aus dem Bericht des Internationalen Arbeitsamts hervorgeht, hat diese Maßnahme die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation schon heute die Arbeitszeit der Angestellten gesetzlich begrenzt. Dazu kommt in zahlreichen Fällen noch eine tarifvertragliche Regelung. Es wird daher in bezug auf die Anerkennung des Grundsatzes des Achtstundentages auch für die Angestellten auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz faum Meinungsverschiedenheiten geben. Schwieriger dürfte die Abgrenzung und internationale Festlegung des Begriffes „Angestellter“ sein, da hier in den verschiedenen Ländern Gesetzgebung und Rechtsprechung außerordentlich verschiedenartig sind. Es ist die Aufgabe der Konferenz, einen Fragebogen zu formulieren, der geeignet ist, für das im nächsten Jahr vorzubereitende Abkommen über die Arbeitszeit der Angestellten eine brauchbare Grundlage schaffen.

Eine weitere Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, die ausschließlich Schiffschiffsfragen gewidmet ist, findet im Oktober d. J. in Genf statt.

Otto Bach, Referent im Internationalen Arbeitsamt.

## Wahlen in Dänemark und Finnland.

In Finnland wie in Dänemark haben die Regierungen die Parlamente aufgelöst, weil sie bei entscheidenden Abstimmungen — dort mit dem Beamtenbefehlsgesetz, hier mit dem ganzen Haushalt — in der Minderheit blieben, und Neuwahlen ausgeschrieben. Dänemark hat die Krise am ersten gelöst. Hier hatten ausgefallen die Konservationen, die drei Jahre lang die Regierungspartei der Bauernlinken gestützt hatten, durch ungesetzlichen Störfall und Mangel an Weitzbild die Regierung fallen lassen, indem sie sie durch die Opposition niederstimmen ließen und sich selbst der Stimme entzogen; während die Regierung glaubte, den Weitzbild mit 42 1/2 Millionen befreiten zu können, forderte die Konservationen 46 Millionen und verweigerten wegen dieser actinistischen Differenz dem Kabinett Madsen-Mylund die weitere Gefolgschaft. Dadurch wurde ein Wahlkampf unter der Parole der Abrüstung geführt, der nach allen Ansätzen zum Erfolg der Rüstungsseger führen mußte und auch führte. Den größten Gewinn trugen die Sozialdemokraten davon, die ihre Mandate von 53 auf 61 erhöhen konnten; die Radikalen (Demokraten) bewahrten ihre 16 Sitze, ebenso wie der deutsche Vertreter Schmidt-Wodder sein Mandat behielt, während die Konservationen für ihren Rüstungsseger von 50 auf 24, die Linke wegen ihrer sozialpolitischen Haltung von 47 auf 43 zurück-

ging. Die kleine Gruppe der Bodenreformer (Rechtsverband) vermehrte ihre zwei Stige um einen dritten; ihre neuen Wähler dürften vorwiegend der früheren nordschleswigen Autonomie- (Solvikere-) Partei entstammen. Die bisherige Linken-Konföderativen-Mehrheit von 77 Mandaten der 149 des Folketings war gebrochen und in eine gleich starke der Radikalen-Sozialdemokraten vermandelt, die nunmehr gemeinsam die Regierung unter dem sozialdemokratischen Führer Stauning gebildet haben.

Bemerkenswert an dieser Kabinettsbildung ist zunächst, daß seit vielen Jahren in Dänemark ein Koalitionsministerium zustande gekommen ist. Bisher hatte man geglaubt, mit Minderheitsregierungen jeweils einer Partei auskommen zu können. Die Erziehung und das Wohlfahrts nach größerer Stabilität hat auch hier die härtere Bildung der Koalitionen empfohlen. Man hat den Demokraten sogar statt des ihnen proportional zukommenden Fünftels ein Viertel der zwölf Portefeuilles eingeräumt, darunter mit die wichtigsten, wie das Ministerium des Äußeren, des Innern und der Justiz. Immerhin erlebten das neugegründete Ministerium für Schifffahrt und Fischerie, das der Finanzen, der Landwirtschaft, der Arbeit und vor allem das Wehrministerium der Sozialdemokratie und weisen damit darauf hin, daß Stauning sowohl in wichtigen Wirtschaftsfragen wie in der Abwicklung der alljährliche Politik der Linken im Sinne des Radikalen sicher ihre Interessen will. Die feste Bindung mit den Radikalen sichert ihr dabei eine gewisse Stabilität. Andererseits ist die dänische Außenpolitik zwar nicht so festgelegt, daß zwischen den jetzigen Koalitionsparteiern Abweichungen nicht denkbar sind; vielmehr bürdet gerade die Persönlichkeit des neuen Außenministers Mundt dafür, daß die im Vollerbum verankerten Ideen eine besonders tatkräftige Vertretung finden werden. Der deutschen Minderheit haben die jetzigen dänischen Regierungsparteien, mindestens in den Fragen der kulturellen Selbständigkeit, das relativ größte Entgegenkommen gezeigt, und es befeht die Hoffnung, daß dieses Entgegenkommen auch praktische Ergebnisse zeitigen wird. Die mehr administrative Reforts des Innern und der Justiz bieten in den Händen von Demokraten dafür ebenfalls bessere Aussichten, als unter den bisherigen Verwaltungen dieser Behörden aus der Bauernlinken.

Im Innern tritt Stauning mit einem großen Programm auf, das Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Aufbringung von Kriensbeihilfen, sozialere Verteilung der Steuerlasten anstrebt, aber auch die Wiederaufnahme der Abrikung, die ihm unter seinem vorigen Kabinet 1924-26 nicht glückte, und — zweifellos in Verbindung damit — eine Verfassungsänderung, die eine Schwächung, womöglich Abschaffung der Ersten Kammer, des Landstings, zum Ziele hat. Das Landsting hatte seinerzeit mit seiner Mehrheit von 31 Kisten und 12 Konföderativen gegen 25 Sozialdemokraten und 6 Radikale die Abrikung verhindert, und bei der dort noch bestehenden Mehrheitsverhältnisse ist ein neuer Abrikungsvorschlag kein besseres Schicksal zu prophezeien. In dieser Richtung stehen dem Kabinet Stauning sicherlich die schwersten Kämpfe bevor, wenn auch konservative und linke Pressestimmen auffallenderweise ihre eigenen Peers zur Nachgiebigkeit mahnen.

In Finnland geht das Kabinet Mantere, das zweite seit Begründung der Republik im Jahre 1919, mit noch ungünstigeren Aussichten in den Wahlkampf, als die dänische Bauernlinken getan. Die 200 Abgeordneten des finnischen Reichstags sind nicht nur sozial, sondern auch national in Gruppen geschieden. Das Kabinet Mantere, das nur 3/4 Jahre im Amt ist, war nominell ein überparteiliches, wenn auch von seinen Ministern 4 der finnischen Fortschrittspartei, 4 der finnischen Sammlungspartei, 1 der Sozialdemokratie und 1 — wenigstens früher — der Schwedischen Volkspartei angehört. Die Regierung folgte sich bei der nun umstrittenen Vorlage der Erhöhung der Beamtengehälter nur auf die beiden ersten Parteien mit 34 und 10 Abgeordneten sowie auf die 24 Stimmen der Schwedischen Volkspartei, während 32 Agrarier, 60 Sozialdemokraten und 20 Kommunisten dagegen standen: in der Abstimmung 62 der Regierungsparteien (von insgesamt 68) gegen 128 Opposition (von insgesamt 132). Mantere forderte so Millionen finnmärk für die Erhöhung der Beamtengehälter bei einer Aufbesserung von durchschnittlich 10 v. H. Begründend führte er Beispiele an, wie mehrere Richter des höchsten Gerichts ihre Stellungen mit Privatberufen vertauschen mußten, wie vier verschiedene Professoren der Rechtsfakultät von einem einzigen Professor vertrieben werden, weil das niedrige Gehalt — das höchste Beamtengehalt beträgt 100 000 finnmärk — 10 000 RM. — nicht genügend Bewerber anzeigte. Man lehnte die gleichmäßige prozentuale Aufbesserung als ungünstig für die unteren Beamten ab, und verschiedene Gegenanträge der Parteien mit geringeren Summen fanden jeweils auch seine Mehrheit. Entscheidung für die Ablehnung jeglicher Aufbesserung waren bei der Opposition zweifellos mehr gefühlsmäßige Momente. Bei den Agrariern war der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land bestimmend. Bei den Arbeitenden wiederum die von einem Jahrzehnt vereint gegen die bürgerlichen Parteien, die „Weißen“,

im blutigen Bürgerkrieg gefanden hatten, der wohl politisch liquidiert, aber im Gefühl noch nicht ausgelöscht ist, steht der Beamte noch immer als der sichtbarste Vertreter der „Weißen“ da. Ein schlechtes Wirtschaftsjahr gab schließlich den letzten Vorwand her, die Angelegenheit zu vertagen.

Auch hier ist klar, daß sich unter der Parole der Aufbesserung der Beamtengehälter keine Mehrheit für das Kabinet Mantere im Wahlkampf erreichen läßt. Im Gegenteil, die Parteien, die hinter der jetzigen Regierung stehen, werden nur einhigen, aber die Opposition ist ihrerseits auch durch kein politisches Moment geeint. Der Widerstreit zwischen finnischen Bürgerum und den Arbeiterparteien hat sich auf neue, wenn auch nicht mit klaren Worten, aufgetan, und die Schwedische Volkspartei hat als Vertreterin der nationalen schwedischen Minderheit — etwa 12 v. H. der Gesamtbevölkerung — ihre eigenen Ansprüche anzumelden, die mit dem fortschreitenden Erparfen des jungen Nationalstaates immer weniger Berücksichtigung gefunden haben. Das Kabinet Mantere hat die Wahlen auf den 1. Juli anberaumt.

## Transjordanien und Irak.

Ein Beispiel imperialistischer Politik.

Vom Standpunkt einer für die Zwecke der britischen Empire-Interessen zugeordneten Mandatspolitik hätten Transjordanien und Mesopotamien Mäherländer werden müssen, denn bei ihrer Gründung ist alles gesehen, um sie für diese Aufgabe vorzubereiten. Es ist mehr die Schuld der englischen Militärs noch der englischen Bürokratie, die an ihrer Wiege Pate gefanden haben und die sich um die Erziehung der beiden Jünglinge bemühen, daß die Entwicklung beider Länder demnach anders verläuft und daß sie für England zu Drüberbrenn dauernder Sorgen und Argernisse werden. So weitgehend und so fein ausgeklümmte die englische Kalkulation vom strategisch-militärischen Standpunkt diesmal gewesen ist, im Politischen und im Wirtschaftlichen hat sie verfehlt. Wenn sich daher in beiden Ländern die Schwierigkeiten zu häufen beginnen, so liegt der Grund darin, daß England in seine beiden Jünglinge zwei Faktoren nicht eingefügt hat: Das Erstarben des arabischen Nationalgefühls und den Drang der Vereinigten Staaten nach Expansion in Asien. Beide Elemente sind zwar noch nicht wirksam genug, um die Stellung Englands im Mittleren Osten zu bedrohen, aber sie befinden sich doch bereits in einer Phase der Entwicklung, die sich in Einzelerscheinungen unangenehm bemerkbar zu machen beginnt. Die Gefahr besteht, daß beide Kräfte sich eines Tages zusammenfinden und daß aus ihrer Koalition ein Sturmwind erwacht, zu deren Umwälze Englands Mittel nicht mehr hart genug sein werden.

Ihr Zusammengehen verkündet für das Schicksal des Mittleren Ostens ganz neue Perspektiven, die seine Wirtschaft und Kultur nach anderen Zielen weisen, als die Gang der Ereignisse nach dem Kriege zu verheigen schien. Die Formel der nächsten Etappe beim Kampf um den Besitz der vorderen Orients wird deshalb nicht mehr Europa gegen Asien lauten, sondern England gegen Amerika mit den Dörfern des Orients als Hilfsgruppen in beiden Lagern. Neben Palästina werden Transjordanien und das Irak wegen ihrer Lage und ihrer materiellen Voraussetzungen hierbei eine wichtige Rolle als Kriegsschauplätze spielen. Dort werden die beiden Kämpfer nicht etwa jordanien als Arianer des Toten Meeres und durch die großen Phosphatlager von Esfak, das Irak aber vor allem durch die Ölfelder von Mosul einen starken Anreiz für die Betätigung amerikanischen Kapitals. Die ersten Palästinen um die offene Tür im Mittleren Osten haben bereits eingestiegen. Amerikanische Millionäre und politische Sachverständige schwärmen vor und sondieren das Terrain. Die amerikanische Automobilindustrie rückt nach und steht bereits im Kampf mit den von England bewirtschafteten Eisenbahnschiffen; im Hintergrunde lauern die Auseinandersetzungen um das Mosul Petroleum, bei der die alte Garde der amerikanischen Wirtschaft, die Vacuum Oil und die Standard Oil, ins Feld geführt werden.

Bei der Schaffung von Transjordanien und dem Irak haben die Väter des englischen Mittlen Ost nicht entfernt an die Möglichkeit gedacht, dem angelsächsischen Vetter und Bundesgenossen aus dem Weltkrieg in diesem Teile der Erde als Arianen zu begegnen. Deshalb war anfänglich der Imperialismus beider Staaten nur der Gesichtspunkt maßgebend, aus der Mandatsidee und dem während des Kampfes gegen die Türkei so erfolgreichen Propagandablagernome eines panarabischen Reichs die für Englands Mittlen-Ost-Interessen brauchbare Formel herauszufeststellen. Unter äußerlicher Führung allmählich zur Unabhängigkeit geleiteter Völkchenbewegungen, die deren nahe Befähigung war die Sicherung des vordarasischen Kulturgebiets gegen





die Gefahren der Wüste und die Sicherung des Etappenweges zum Mittelmeer nach dem Persischen Golf und weiter nach Indien gedacht. Transjordanien und das Irak tauchen deshalb nach Ende des Weltkrieges aus einem Chaos von politischen Intrigen auf, und ihre Entstehungsgeschichte ist ein Kapitel Neu-Mitternächlicher Staatskunst ins Englische und Orientalische transportiert. Das Gesetz ihrer Geburt, das dem Traum der Araber nach einem Nationalstaat ein so bitteres Ende bereitet, wirkt seitdem verhängnisvoll in der Politik beider Länder fort. Es ist zur Quelle dauernder Reibungen zwischen England und seinem Schutzbefohlenen geworden, und in den Versuchen, die aus ihrer Zwitterstellung von selbständigen Gemeinwesen und englischen Vassallen entstehenden Schwierigkeiten im Sinne Englands zu lösen, erschöpft sich damit der Kern des britischen Staatsplans. Die Geschichte der Versuche, die Küsten des britischen Imperiums auf dem Umweg der Idee des Selbstbehauptungsrechts der Völker auszuhebeln, nimmt von hier aus ihren Anfang.

Dabei wäre das Problem des Aufbaus beider Staaten bei verständnisvoller Feitung und ohne eine dauernde Einmischung aus politischen und strategischen Gründen leicht lösbar gewesen. Transjordanien wie das Irak sind dünn mit halbivilisierten Nomaden und Ackerbauern besetzte Agrarländer, die im Frühstadium ihres Erwachens zu einer der europäischen sich nähernden Kultur sind. Unlängst hat sich die Mandatsoberverwaltung darauf beschränkt hätte, die ökonomischen und kulturellen Mängel organisch weiterzuentwickeln, hat sie das Schwergewicht auf die Schaffung von Kopien eines Staatsapparats nach englischer Muster gelegt. Die Länder erschöpfen ein Parlament, eine Art von Heer und eine Verwaltung nach europäischem Muster unter englischer Kontrolle; aber Justiz, Erziehung und Wirtschaft sind die Stiefkinder dieses Systems geblieben. Es gibt ein politisches Leben, das sich in Gänzen erschöpft; die Versuche, die Länder auf ihre einigste wirtschaftliche Wüste zu bringen, beschränken sich noch einzig auf unbedeutende und zusammenhängende Experimente.

Es hat in Transjordanien wie im Irak lange gedauert, bis die militärische Okkupation durch eine Zivilverwaltung abgelöst worden ist, und auch jetzt noch besteht der Sinn der englischen Verwaltung darin, durch die Beherrschung beider Staaten einen Kell in die arabische Welt zu treiben und Arabien von der Verbindung mit Syrien zu trennen.

Emir Abdallah von Transjordanien und König Faisal von Mesopotamien sind Brüder. Sie gehören zur Familie der Hashimiten, deren Vater Hussein Sherif von Mekka und deren Bruder Ali, König von Hedschas durch Ibn Saud unter stilleschweigender Duldung Englands vertrieben worden sind, als sie verurteilten, groß-arabische Politik zu machen. Abdallah wie Faisals Macht steht auf sehr schwachen Füßen, denn die nationalpolitischen Parteien ihrer Länder misstrauen ihnen als britische Werkzeuge, und auf Englands Unterstützung werden sie nur so lange rechnen können, als es seinen Interessen genehm ist. Vorläufig ist die Politik der beiden Herrscher gezwungenermaßen anglophil, sie benutzen jede Gelegenheit, ihre Fallenzentren zu bewegen. Ihre Stellung als Puffer zwischen der nationalpolitischen Opposition und der Mandatsmacht wird aber immer schwieriger. Das Irak ist ein Land mit einem Ruford an Misstrauen. In Transjordanien ist der Druck der Opposition auf Emir Abdallah so stark, daß er sich genötigt sieht, als Sprecher seiner Untertanen nach London zu reisen, um eine Revision des Vertrages mit England zu versuchen.

Die Ursachen für die dauernden englisch-irakischen Unstimmigkeiten haben sehr oft gemeinlich. Augenblicklich ist die Wehrfrage der Quell des Mißverständnisses. Der König will ein Heer, um England den Vorwand zu entziehen, die Befestigung des Landes aufrechtzuerhalten, aber auch um seine Stellung zu sichern. Die nationalpolitische Opposition, die im übrigen aus Angehörigen beider im Lande gleich stark vertretenen Religionsgemeinschaften, Sunniten und Schiiten, besteht, ist dagegen obwohl sie die Herrschaft Englands heftig bekämpft, in dieses innerpolitische Spiel und der arabischen Gefahr hinein, denn jedesmal, wenn die innerpolitischen Verhältnisse Mesopotamiens unangenehm für England zu werden beginnen, erscheinen die Wababiten vor den Toren. Als Symptom für die allgemeine in der arabischen Frage herrschenden Verwirrung sei bemerkt, daß die im Irak als kandesfeindliche gefährdeten Wababiten in Transjordanien als die Befreier vom englischen Joch gelten. Das Coluababiten wird noch gesteigert durch die Bemühungen des dritten hashimitischen Bruders Ali, sein Königreich Hedschas von Ibn Saud zurückzugewinnen, sei es durch eine innere Revolution, sei es durch die Unterstützung Englands.

Das erwachende Nationalgefühl hat in Mesopotamien ein in der islamischen Welt unerhörtes Drom geschaffen. Die uralte Erbfeindschaft zwischen Sunniten und Schiiten hat einen Einheitsplatz gemacht, die sich in gemeinsamer Opposition gegen die Krone und gegen England im Parlament und im öffentlichen Leben aufert. Diese Überwindung des religiösen Vorurteils zugunsten der nationalen Freiheitsidee ist um so bemerkenswerter, als sich im Irak die heiligen Stätten der schiitischen Märtyrer Kerbela

und Medsched befinden, von denen aus jahrhundertlang der fanatische Kampf gegen die Sunniten gepredigt wurde.

Die Abneigung der herrschenden Klassen gegen die Idee aus 200 000 Beduinern bestehende Bevölkerung Transjordanien gegen die englische Vormundschaft wird gesteigert durch die Furcht, daß eine Industrialisierung des Landes ihr politischen Einfluß und billige Arbeitskräfte rauben wird. Die innerpolitische Entwicklung dieser beiden Randstaaten der arabischen Welt muß daher eine Kette sich dauernd verschärfender Reibungen werden. Vorläufig werden diese Komplikationen von England durch Kompromisse immer wieder prosaisch beseitigt werden können, aber eines Tages wird sich die Entscheidung nicht vermeiden lassen, die durch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung beider Länder beschleunigt werden wird.

Wenn das Interesse Englands an der Kontrolle Transjordanien und des Iraks in erster Linie in ihrem strategischen Wert als Etappe zum Mittelmeer nach Indien und als Pforten für das Draktröhrohr gegen das geheimnisvolle Arabien liegt, so hat sich ihr Besitz an natürlichen Reichtümern als groß genug erwiesen, um auch das Interesse des englischen Kapitals zu wecken. Transjordanien besitzt bei Epsalt große Phosphatlager, für die erst vor kurzem eine englische Gesellschaft das Ausbeutungsrecht erworben hat, und hat außerdem das Nitratbesitzungsrecht auf das Cote Meir, durch dessen Erschließung die englische chemische Industrie hofft, den Kampf gegen die Konkurrenz Deutschlands und der Vereinigten Staaten erfolgreich aufnehmen zu können.

Das Irak ist der asiatische Eigentümer der Mosuler Petroleumfelder, deren dunkle Bosphorabläufe sich erst allmählich und in beständigen Kämpfen zu fließen beginnen. England wird seinen ganzen politischen Einfluß daran setzen, sich die Majorität der Anteile zu sichern, um von Mosul her mit Hilfe der Pipeline nach Haifa sein Mittelmeerflotte mit Brennstoff zu speisen und sie gleichzeitig durch eine Bohrschneise in der gleichen Richtung zu decken. Daneben ist Mesopotamien noch zu einer anderen wichtigen wirtschaftlichen Aufgabe ausersehen. Es soll neben dem Sudan das Baumwollproduktionsland des Empires werden, mit dessen Hilfe die englische Textilindustrie das amerikanische Baumwollmonopol zu brechen beabsichtigt. Eine englische Plantagenkolonialgesellschaft hat schon mit der Regierung des Irak einen Vertrag abgeschlossen, der ihr nach langjährigen vergeblichen Experimenten die Voraussetzungen für eine politische Arbeit schafft.

Ein Gelingen dieses Versuchs wird sehr bald den Ausbau des ein so berühmten mesopotamischen Bewässerungssystems nach sich ziehen, das dem Irak seine Stellung als eines der fruchtbarsten Länder des Orients wiederbringen wird.

In den Grenzen der beiden Länder, die wie offene Schalen zwischen Mittelmeer und fernem Osten liegen, brodeln die Elemente, die diesem Teil der Erde ein neues Gesicht verleißen: Der unbekannte Vorwärtsdrang der erwachenden arabischen Welt, der erbolsame Imperialismus Englands, der wertvolle der Vereinigten Staaten und der militärische Nationalismus der Türkei, das um seine Freiheit kämpfende Indien, das nach einer Mischform zwischen östlicher und westlicher Zivilisation suchende Palästina. Alle werden etwas von ihrem Kraftüberfluß in diesem Keßel ablassen, der zwischen Mitteländischem Meer und Pazifischem Ozean liegt. Daraus wird sich der Grundstoff für ein neues Produkt menschlicher Kultur, menschlicher Wirtschaft und der Mischung von Rassen bilden, das dem Mittelern Osten das besondere Gepräge als Bindeglied zwischen östlicher und westlicher Welt geben dürfte.

Karl Koewy, Haifa.

## Internationale Hochschulkurse in Davos.

Die internationalen Hochschulkurse in Davos sind im vorigen Jahr mit der Abicht gegründet worden, für die internationale Akademikerkraft eine Grundlage intensiven Gedankenaustausches zu finden. Die erste Kursreihe über Probleme der Soziologie und Nationalökonomie hat bereits im Frühjahr 1928 stattgefunden; die zweite über philosophische und geisteswissenschaftliche Themen ist nach dreiwöchiger Dauer Anfang April 1929 beendet worden. Seit Bestehen hat der organisatorische Ausbau große Fortschritte gemacht und durch die jetzt erfolgte offizielle Beteiligung der Regierungen verschiedener Staaten einen starken Rückhalt bekommen. Deutschland, die Schweiz und Frankreich waren mit einer beträchtlichen Anzahl Dozenten und Studenten, Italien durch den Rektor der Universität Pisa und Holland durch einen Professor vertreten. Bundesrat Motta hielt für die Schweiz die Begrüßungsansprache an die internationale Subversität. — Die Davoser Kurse sind weder ein wissenschaftlicher Kongress, der eine Mandatskarte für Forschung und Lehre herauszugeben sucht, noch eine Universität mit kontinuierlichem Betrieb und weitgehend bürokratischem Verwaltungssystem. Sie sind eine neue Art von Arbeitsgemeinschaft zwischen der Akademikerkraft der einzelnen Nationen, die über die Grenzen eines engen Fachgebietes hinaus nach Möglichkeiten lebendiger Auseinandersetzung drängt. Mit den bestehen-



den Hochschulen kann Daves seinem Wejen nach gar nicht in Wettbewerb treten, will sie vielmehr durch Anregungen ergänzen und unterstützen, die gerade aus persönlicher Fühlungnahme in freierer und unfunktioneller Umgebung entstehen. Große organisatorische Beweglichkeit und veränderliche Zusammenfassung von Begentumschaft und Studentenchaft nach den jeweiligen Erfordernissen sind die Merkmale der Kurse. Ihre Aufgabe ist ficherbare Disziplin aller zentralen und zugleich in wissenschaftlichem Sinne aktuellen Fragen, die sich von der flacheit sogenannter Popularisierung freihält. Damit stehen in engem Zusammenhang ein zwangloser Ton der Aussprache zwischen Dozenten und Studierenden und die Erziehung zu einer geistig-politischen Haltung, die durch das Dicht der Respektiven, fimmerteilten Proben und erklärten Dogmen den Weg zur Problematik unserer Zeit freimaden hilft. So ist das Ziel der geistigen Aufbereitung des Bodens für eine internationale Verständigung gemeint. Das bedeutet Anerkennung der Eigengesetzlichkeit der nationalen Gebilde, aber auch der wechselseitigen Bedingtheit der nationalen Kulturen und Wirtchaften gerade in der Gegenwart. Jegliche kulturpropagandistischen Tendenzen, die nur Mißtrauen erwecken, sind ausgeschlossen. Die Daraus ficherungskurse sind alles alles in allem ein Experiment, aber eines der lebenswichtigen, die unternommen werden müssen. Der bisherige Verlauf hat seine Notwendigkeit erwiesen. G. B.

## Aufklärungsaktion über höhere Berufe.

Zu Ende des Schuljahres pflegt die Tagespresse mit Mittellungen reichlich versehen zu werden, zu welchen Berufen ein Zugang nicht erlünscht ist. Es ist kein Wunder, daß bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der großen Arbeitslosigkeit kaum ein Beruf hierbei außer acht gelassen wird. So stehen dann die Aufzählenden erst recht mehr oder weniger verzweifelt vor der Frage „was tun?“

Es ist richtig, daß heute und in der Zukunft nur der Qualitätsarbeiter, sei es Hand- oder Kopfarbeit, gute Aussichten hat, sich im Lebens- oder Berufsstamp durchzusetzen. Darum sollte jeder nicht nur jetzt zum Ende des Schuljahres, sondern auch schon vorher sich fragen, welche besonderen Fähigkeiten und Begabungen der Sohn oder die Tochter besitzt; und auf der anderen Seite auch, für welchen Beruf diese Gaben gerade notwendig sind. Die richtige Verbindung von vorhandenen Anlagen mit Anforderungen der jeweiligen Berufe, das ist die zweedmäßige Lösung jeder beruflichen Entscheidung. Daß dabei die vorliegenden wirtschaftlichen und anderen Verhältnisse mitberücksichtigt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Es gibt nun eine staatliche Organisation der Berufsberatung, die sich an die Arbeitsämter, die Landesarbeitsämter und Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anlehnt. Daneben bestehen Auskunftsstellen an vielen Universitäten (Berlin, Köln, Leipzig, Tübingen, Heidelberg usw.). An vielen höheren Lehranstalten und anderen Schulen sind sogenannte Vertrauenslehrer für Berufsberatung vorhanden. Endlich stehen die Geschäftsstellen der Berufsverbände und die Angehörigen der einzelnen Berufe zur Auskunftserteilung überall bereit. Trotz alledem hören die Klagen über unzureichende Aufklärung nicht auf. Das hängt eben damit zusammen, daß die Frage der Berufswahl nicht immer frühzeitig genug in ihrer vollen Bedeutung erkannt wird. Es ist notwendig, daß in den Schulen schon rechtzeitig das Augenmerk der Schüler und Eltern auf diese wichtige Frage gelenkt wird. Denn die Entscheidung über den zukünftigen Beruf, das vergessen wir zu leicht, fällt in der Schule. Also muß die Schule noch mehr als bisher zu einer Betätigung auf diesen Gebieten gebracht werden.

Das sind im wesentlichen die Gründe gewesen, welche die Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker (Berlin W 62, Markfischerstr. 103) bereits vor einiger Zeit dazu veranlaßt hat, ihre sämtlichen sogenannten „Merktblätter für Berufsberatung“ an alle höheren Lehranstalten, an alle Hochschulen und alle Schulbehörden (Kreis- und Stadtschulräte, Schulabteilungen der Regierungen, Kultusministerien) kostenlos in je einem Exemplar abzugeben, damit die Schulen und Schulbehörden sich intensiver mit diesen Fragen befassen möchten.

Diese Merktblätter für Berufsberatung sind einheitlich gegliedert, etwa 8 bis 16 Druckseiten umfassende Heftchen, in denen unter den folgenden Gesichtspunkten jeder Beruf, und zwar von einem füllenden Berufsvertreter dargestellt ist: 1. Gegenstand des Berufs, 2. Voraussetzungen für die Wahl des Berufs, 3. Ausbildung, 4. Wirtschaftliches, 5. Berufsorganisationen, 6. Zeitschriften und Literatur, 7. Zukunft und Stellenermittlung. Es sind jetzt 85 ficherliche Einzeldarstellungen vorhanden, die folgende Hauptgebiete berücksichtigen: A. Theologie, B. Unterrichtswesen, C. Medizin, D. Rechts- und Staatswissenschaft, E. Land- und forstwirtschaft, F. Technik und Naturwissenschaften, G. Frauenberufe, H. Beir, Marine, Polizei, I. Werkberufe, K. Auswanderung. Die fülle der Einzeldarstellungen erfieht man aus der Tabelle, daß 23 bzw.

24 Einzeldarstellungen der technisch-naturwissenschaftlichen und juristisch-volkswirtschaftlichen Hauptgruppen vorhanden sind. Bemerkenswert ist die Berücksichtigung verschiedener Berufe handwerklicher Art: Der Handwerker, der industrielle Facharbeiter, der Werkmeister, der technische Angestellte mit fachschnulorbildung. Es kommt den Herausgebern also darauf an, gegenüber den geistigen Berufen auch die handwerklichen herauszustellen und damit objektivere Voraussetzungen für eine zweedmäßige Berufswahl zu schaffen. Obendrein haben ja bekanntlich viele Lehrberufe für die nächsten Jahre ganz gute wirtschaftliche Möglichkeiten, was von den akademischen nicht in dem Maße gesagt werden kann.

Der Wert dieser Merktblätter (zum Einzelpreis von 50 Pf. von der G. Crowsitz & Sohn, Berlin SW 48, beziehbar, von dort auch Verzeichnis) besteht darin, daß Schüler und Lehrer sich durch diese Darstellungen ein lebendiges Bild von den einzelnen Berufen machen und alsdann prüfen können, ob der betreffende Beruf überhaupt in nähere Wahl gezogen werden soll. Ist dies der Fall, so geben die angegebenen Auskunftsstellen bzw. die herausgebenden Zeitschriften und andere Fachliteratur die Möglichkeit, sich noch genauer zu unterrichten.

Wenn man sich vorstellt, daß im Unterricht öfters die Berufsfragen auch während des Jahres berührt, und hin und wieder vor den Schülern und den Eltern Vorträge aus Einzelberufsgebieten stattfinden würden, so könnte allmählich eine intensiver Beschäftigung mit diesen Fragen erreicht werden. Wir könnten alsdann für die Zukunft eine bessere Lösung dieser Fragen erhoffen, als es felter der Fall war. Solche Aufklärungsaktionen wie die vorliegende, bei denen an 3500 Schulen und Stellen rund 500 000 dieser Hefte abgegeben worden sind, werden somit für die Schaffung ficherlicher Anregungen zu begünstigen sein. Jeder Aufzählende wird gut daran tun, sich einfache Aufklärungsmittel und auch den Rat der bestehenden Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen, als vielleicht später beruflich Schicksal zu erleben.

Reg.-Rat Dr. J. Diehl, Berlin.

## Deutsche Kunst im Ausland.

Eine interessante Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes hat die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ in Berlin 22 — über deren Bestreben im 1. Dezember berichtet wurde — vor kurzem vorgenommen. Erstreckte sich ihr Arbeitsgebiet bis jetzt über ganz Deutschland — die Anstellungen in Magdeburg, Breslau, in Salzburg, Hamburg, Danzig gaben dafür Zeugnis — so hat sie nun erstmalig den Weg ins Ausland gefunden. Die erste erfolgreiche Vergrößerung der Aktionskraft der Kunstgemeinschaft erfüllt mit Befriedigung, denn ihre Stellung im deutschen Kunstleben erfordert organisch solche repräsentativen Aufgaben, zu deren Ausführung sie wie kaum eine andere künstlerische Vereinigung berufen ist. Der erste Schritt in die ferne hat auch gleich ein Ausmaß, das näherliegende fahrten in außerdeutsche Gebiete für die Zukunft fast leicht erscheinen läßt. Nach



Bernhard Klein

Russische Fischerboote



Prof. Otto Hinzberger

Mann und Frau

wärtigen Amtes zusammengestellte — erste der Gemeinschaft, die einen ungefähren

Auslandsausstellung Querschnitt durch das gegenwärtige Schaffen in der deutschen bildenden Kunst gibt.

Die etwa 100 Arbeiten umfassende Schau wird voraussichtlich in den Städten Batavia, Soerabaja, Djocjarta, Semarang, Bandoeng, Medan (Sumatra) und in Jabalang gezeigt. Das Wesentliche aber: alle Gemälde und Plastiken sind verkäuflich, ja, es wird erhofft, daß möglichst wenige die Heimreise anzutreten brauchen. Die Kunstgemeinschaft verfolgt damit nur ihre bekannte, eigene Absicht. Die wirtschaftliche Grundlage der Künstlerchaft näherzustellen.



Prof. Max Viehlein

„Blumenstrauß“

Erwin Frehe.

## Frieda Schanz.

(16. Mai.)

In dem Gedichtenband „Befonnte Strofe“, mit dem sie 1928 zum letztenmal Zeugnis von sich gegeben hat, ist ein Bild von ihr. Die Dichterin steht am Schreibtisch und hält ein Blatt Papier in den Fingern. Sie selber ist etwas spitz in dem charakteristisch profilierten Gesicht mit dem zurückgekehrten Haar und wie Bildhauerarbeit gemalt. Eine Veterinarin, die nicht allzufrüh

mit der Schriftstellerin anfang und ihre letzten Jahre in fleißiger Redaktionsarbeit verbrachte. Ja, wie eine flinke Redakteurin sieht sie auf dem Bilde aus. Aber sie hat um die Jahrhundertwende und auch später hübsche Gedichte geschrieben, manche Weisheit in guten Sprachen gesammelt, Balladen dazu und Legenden — jart, besaß, ein wenig hell vielleicht — die das Entzünden wurden von jungen Mädchen und Kindern, denen ihre Märchen über alles in der Welt geseien.

Sie war eine gute Augenchriftstellerin, hatte das Herz auf dem rechten Fleck, war unkompliziert wie Ganghofer und liebte die Einfachheit und die biedere deutsche Art. So hat sie nicht eingegriffen in das Äußerliche der Zeit, aber sie hat den Wagen auch nicht zurückgegriffen, und das ist Verdienst genug für eine Frau, in einer Zeit, wo viele den Kopf verloren. Und zudem ist die gute alte Zeit auch etwas wert. Freilich, sie begibt ihren 70. Geburtstag halb vergessen (16. Mai 1859 zu Dresden geboren). Die Jugend, die ihre Bücher las, ist jetzt auch alt geworden. „Huberta Bollacher“, ihr repräsentatives Buch, hat mehrere Auflagen erreicht. Seltsame Zeit, wo die Alten jung sein konnten mit den Jungen und die Jungen alt mit den Alten. Eine Waldgeschichte, die allgemein gefiel. Seither hat Knut Hamsun den „Kette Kapitel“ geschrieben, und selbster ist auch der Wald nicht mehr so geformt.



Dr. Paul Herzog.

# Blick in die Bücher

Dr. Adolf Grabowsky: Staat und Raum, Grundlagen räumlichen Denkens in der Weltpolitik, mit zwei schematischen Übersichten; Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35; Band 1 der Weltpolitischen Bücher; herausgegeben vom Verfasser; 107 Seiten; Preis 3 RM.

Der Verfasser gibt eine kurze Einführung in die Absichten der Weltpolitischen Bücher, die der Vereinfachung und Vertiefung Bänden der Sammlung befaßt ist mit den inneren Beziehungen zwischen Raum und Staat oder kurz mit der Geopolitik. Die Wissenschaft von der Geopolitik ist nicht alt. Sie läßt sich aus jenen rationalistischen Befragungen am Ausgang des Mittelalters herleiten, die die Renaissance, Reformation und den Humanismus begleitet haben. Das Zeitalter Herders wandte sich mit besonderer Anteilnahme ethnographischen und anthropologischen Untersuchungen zu, suchte in dem Studium der Völkergeschichte eine neue Einheit für die verlorene Einheit der gläubigen Weltanschauung. Das 19. Jahrhundert ist diesen Fragen noch näher gekommen. Friedrich Hegel war es, der den Weg zur Staatsgeographie gebahnt hat. Der Staat als Raumwesen ist natürlich noch ein höchst unvollkommener Begriff. Dem gefiel sich als stiller und stiller Inhalt der Staat als Ausbruch des Volkstums. Raum und Volkstum können nicht voneinander getrennt werden. Hier liegen die fruchtbaren Ansätze für eine geopolitische Wissenschaft. Gewiß ist Politik nicht allein der Ausdruck völkervertraglicher Wirkens. Aber soweit Volksgemeinschaften auf Staatenbildung abzielen, vollzieht sie sich nur im Rahmen geographischer und ethnographischer Bedingungen. Raum und Zeit werden zu Schicksalsfragen eines Volkes. Es ist nur billig, daß wir uns heute mit größerem Interesse als bisher der Betrachtung solcher Lebensgesetze zuwenden, die schließlich für jedes Volk in schicksalhaftiger Bedeutung werden. Grabowsky, der selber vom Humanismus herkommt, sieht die höchste Renaissance für ein Volkstum darin, wenn es verlorenes Raumgefühl wiedergewinnt. Wer sich mit den Grundlagen geopolitischen Denkens und damit auch der ganzen Sammlung der Weltpolitischen Bücher vertraut machen will, dem sei die Festschrift gerade dieser Schrift auf das angelegentlichste empfohlen.

Österreich. Von Dr. Randal Kungaldier a. d. Hochschule für Welthandel in Wien; Zentral-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 35; Band 4 der Weltpolitischen Bücher, herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky; 50 Seiten mit neun Karten; Preis 1,80 RM.

Ein überaus anschauliches Büchlein über Deutsch-Österreichs Lage, Grenzen, Volkstum, soziale Gliederung, Wirtschaft und Verkehr. Man erfährt, daß seine Gestalt einer geballten Faust gleicht, mit dem Fingerring nach jenem Staat gerichtet, „der in erster Linie die deutsch-österreichische Mischheit verantwortlich ist“. Nur die Tschechoslowakei übertrifft das neue Österreich an Wunderlichkeit des Staatsraums, mit dem einen Unterschied freilich, daß jene Form gewollt, während sie den Österreichern aufgenötigt wurde. Kein Buch über Österreich und die Österreichler kann an der Klage vorbeigehen, die immer und immer wieder im ganzen Lande über das Friedensdiktat von St. Germain angeklagt wird. Sie ist nicht der Würdigen feindseliger Stimmung, sondern nur der berechtigten Ausdrucks eines erlittenen Unrechts, das je eher desto besser wieder gut gemacht wird. Österreich ist nicht aus der Willensbildung der Völker ausgeschlossen. Es besitzt Antrieb und Ehrgeiz genug, um an der Lösung der mitteleuropäischen Politik mitzuwirken. Seine heutige Form ist nicht zufällig. Sie ist nur ein Dokument der Unterdrückung. Wirtschaftlich, handelsrechtlich und kulturell gehört es zu Deutschland. In dieser Beziehung wird es schallend. Kungaldiers anliegendes Buch verleiht unsere Hoffnung, daß der Zeitpunkt dieses Zusammenstoßes nicht mehr allzuferne ist.

Politische Grenzen. Mit 11 Abbildungen; von Dr. Otto Maull, a. o. Professor der Geographie an der Universität Frankfurt a. M.; Zentralverlag G. m. b. H.; Band 3 der Weltpolitischen Bücher; herausgegeben von Dr. A. Grabowsky; 103 Seiten; Preis 3 RM.

Der Verfasser geht von einer ethnologischen Betrachtung aus. Das Wort „Grenze“ kommt aus dem Slawischen. Bis ins 13. Jahrhundert wurde an seiner Statt im Deutschen das Wort „Mark“ gebraucht, das soviel wie Grenzraum bedeutet. Mit der

Erfassung dieses Wortes durch das ausländische „Grenze“ vollzog sich auch ein Begriffswechsel, der Hand in Hand geht mit der Entwicklung der modernen Staaten. Aus dem geometrisch unbestimmten, zehnerisch kaum ausdrückbaren Grenzsaumbegriff wird die lineare Festlegung, die Grenzlinie. Die Idee der Grenze kann nach dem Verfasser nichts anderes sein als der Gedanke, Gleiches oder miteinander Harmonisierendes mit einer Grenze zu umschließen. Er stellt im weiteren Verlauf seiner wissenschaftlich exakten Ausführungen, die sich an den Begriffen der Kogit orientieren, strenge Anforderungen an das Denkvermögen des Lesers, so wenn er auf den Begriff der Determination in der Grenzwohl zu sprechen kommt, die er als nicht gegeben erachtet. Zu ein gemeinverhältnißliches Gebiet begeben wir uns in der Unterscheidung zwischen den Strukturgesetzen der Natur und der Kultur Landschaft. Die meisten Grenzbeziehungen werden auf einen Kompromiß hinauslaufen, da ja nie alle Faktoren der Grenzwohl berücksichtigt werden können. Der Verfasser verlangt aber, daß wenigstens objektive wissenschaftliche Erkenntnis nicht außer acht gelassen wird. Daß dann die Grenzen, in denen wir heute leben, anders ausfallen und der Verstand mehr entsprechen würden, ist die logische Folgerung aus der Festsitzung dieses lehrreichen Buches.

Erwin Scheu, Dr., a. o. Prof. a. d. Universität Leipzig: Deutschlands Wirtschaftsprövinzen und Wirtschaftszöjirke; Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 35; Band 2 der Weltpolitischen Bilderel, herausgegeben von Dr. A. Grabowky; 74 Seiten, mit 20 Karten; Preis 2,40 RM.

Ausgangspunkt dieser sehr interessanten Untersuchung ist der geographische Raum und seine wirtschaftliche Struktur. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt die Bedeutung länderpolitischer Abgrenzung wesentlich zurücktreten hinter der Zusammenfassung

von größeren und kleineren Gebietsteilen zu wirtschaftspolitischen Bezirken und Prövinzen. Diesen wirtschaftlichen Prövinzen kommt eine ökonomische Nachstellung zu, wie sie in ihrer wirtschaftlichen und nach rein dynastischen Gesichtspunkten abgegliederten Regionalität den Länderstaaten nie zugekommen ist. Der Verfasser teilt das deutsche Reichsgebiet in neun solcher Wirtschaftsprövinzen ein: in die baltische mit Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg; märkische mit Berlin und der Mark; schlesische mit Ober- und Niederschlesien; mitteldeutsche; in die nordwestdeutsche mit Niederachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck und Schleswig-Holstein; niederdeutsche-westfälische; mitteldeutsche mit dem unteren Main; südwestdeutsche mit Baden und Württemberg, und endlich in die bayerische Wirtschaftsprövinz mit dem gesamten bayerischen Gebiet rechts des Rheins. Die Pfalz würde demnach dem südwestdeutschen Wirtschaftsprövinz angegliedert sein. Wie sich der Verfasser die verfassungsmäßige Stellung dieser Wirtschaftsprövinzen denkt, kann man aus einem Beispiel erfahren, das er aus der französischen Geschichte anführt. Auch dort wurde die alte Departementsenteilung zugunsten einer wirtschaftsregionalen Regelung aufgegeben. Diesen Wirtschaftsprövinzen wurde eigenes Budgetrecht und die in ihren Rahmen fallenden besonderen Aufgaben zugewiesen. Scheu glaubt, daß sich die länderpolitische Regelung daraus von selbst ergeben wird. Vor allem hätte eine solche Regelung den Vorzug, daß die nachfolgende verwaltungs-technische Neuordnung nicht zusammengehörende Wirtschaftsprövinze auseinanderreißen und durchschneiden könnte. In der Schaffung solcher Wirtschaftsprövinze und -prövinzen sieht er eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einem rational dezentralisierten Deutschland. Die Gebirgszüge Scheus eröffnen fruchtbare Wege zu einer neuen wirtschaftlichen Durchdringung des gesamten deutschen Landes. Bei der Diskussion über eine Neugliederung des Reiches werden seine Gesichtspunkte von Bedeutung sein.

## Straßenlärm in Berlin.

Von den bebautesten Bezirken, die während der ersten Weltkriege die Berliner Polizei zu energischem Eingreifen gezwungen haben, sind, besonders außerhalb der Reichshauptstadt ungenieß überlebte, zells völlig verzerzte Vorstellungen im Umlauf. Im diese Abzweigungen auf das richtige Maß zurückzuführen, dürfte es zweckmäßig sein, daß die übrige Stadt von dem Lärm und dem Lärm, die sich in jenen Gassen ausbreiten, nicht das Übermaß verlor hat und erst durch die Störungen erfährt, daß dort die nötige Ordnung durchzuführen werden war.



## Geschäftliche Mitteilungen.

Erlebnisse schöner Stunden in der Erinnerung festzuhalten, ist wohl der Wunsch eines jeden Menschen. Die beste Möglichkeit hierzu sind wohlgehaltene Fotografien. Wieviel Freude und wieviel schönes Nachdenken bereitet es doch jedem, wenn man sich die während einer Reise beim Sport oder anderen Gelegenheiten selbst aufgenommenen Fotografien betrachten kann. Darum schaffe sich jeder einen guten preiswerten Foto-Apparat an. Die Firma **Abco G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstraße 73**, bietet Ihnen nun die günstige Gelegenheit, sich ohne viel Geldausgaben einen erstklassigen Foto-Apparat zu kaufen, verlangt sie doch nur eine Zeitabgabe von 1/25 RM monatlich an. Sie tun gut daran, wenn Sie sich umgehend einen Fotoapparatkatalog dieser Firma besorgen und unverbindlich an Hand dieses Kataloges zum Kauf eines Foto-Apparates bei der Firma **Abco G. m. b. H.** schreiben. Günstig für Sie ist noch, daß dort gleichzeitig sämtliche Amateurarbeiten und vollständige fachmännische Beratung in allen vorstehenden Fällen vorgenommen wird.

## Jedes Buch

durch die

**DEUTSCHE BEAMTEN-BUCHHANDLUNG**

**Ein Fotoapparat**  
auf Teilzahlung  
Nur erstkl. Marken  
erhalten Sie für nur  
1/25 RM monatlich  
Verlangen Sie sofort  
unseren Photo-  
Spezial-Katalog

**Abco G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstr. 73**



## Wasserschläuche

und Zubehörfelle  
kaufen Sie in  
erprobten  
Qualitäten bei

**Engl & Wolf**

Berlin N 4, Gartenstraße 100  
Norden D 1, 341 und 121 85

Gute Ware  
ist billig!

Verlangen Sie kostenlose Einsendung  
der Preisliste H

Wundervoller Erholungsanfecht

## Mörla-Rudolstadt

am herrlichen Bergwald, Markt 4,35-4,50 einschließlich allem. Bad, elektrisch Licht, Zentralheizung, Jagdwiese, Umwelt Freibad, Beste Referenzen. Haus **Waldfrieden 1**, Telefon: Rudolstadt 118.

**Solbad Gandersheim/Mark**  
In schöner Lage, Zimmerm. 1 oder 2 Betten pro Woche RM. 9,50 mit Morgensnacke  
**Frau Marg. Nienstedt**

## Bad Schwarzburg (Thür. Wald)

die Perle Thüringens

### Hotel: Schwarzbürger Hof

Altbekanntes Haus I. Ranges im Zentrum des Kurortes  
Herrliche Lage / Freundliche, gut eingerichtete Zimmer  
Reichliche, beste Pension / Eigene Forellenfischerei  
Während der Saison KONZERTE

Anfragen erbittet

N. Lucas, Hotelier

## Wichtige Bücher zur Anschlussfrage

Dr. H. von Paller

### Der Großdeutsche Gedanke

Preis 6 RM. zuzüglich Zustellgebühr von 40 Pf.

„Berliner Börsen-Courier“ 1929 Nr. 2 meint:

„Ordnung hat der junge Grosser Historiker in fünf klar gegliederten Kapiteln die Entstehung und Entwicklung des großdeutschen Gedankens behandelt. Die Schrift will allen denen, die der Anschlussfrage sympathisch gegenüberstehen, ein historischer Führer werden. Darüber hinaus sei es aber auch allen denen empfohlen, die sich in die weltweiten Schicksale des um Einheit und Freiheit ringenden deutschen Volkes einlesen und verlieren wollen.“ Die „Deutsche Einheit“ 1928 Nr. 11 betont:

„Das Buch füllt eine Lücke aus, indem es ein geschichtliches Gebiet von dem bisher unberücksichtigt gebliebenen Sonderkampf nationaler Einigungsbestrebungen betrachtet und hierfür auch die Ideen der verschiedenen Epochen hervorhebt.“

Der „Heimatsdienst“ 1928 Nr. 21 schreibt:

„Dr. von Paller gibt mehr als einen historischen Überblick . . . Er hebt nicht bei den politischen Dingen stehen, sondern dringt tiefer ein in die Geschichte der deutschen Nation. In ihrem klaren und einfachen Deutsch führt überschichtliche Anordnung ist sie wie geschaffen, dem Anschlussgedanken neue Freunde zu werben und im Sinne des Deutschtums zu wirken.“

Soeben erschien

Dr. Herbert Kniessche

### Die Großdeutsche Wirtschaftseinheit

Geschichte und Gegenwart

der österreichisch-deutschen Wirtschaftsverflechtung

Mit 35 Kartenabbildungen und Diagrammen / Preis gebunden 5,50 RM, broschiert 5,50 RM.  
Was Dr. H. von Paller für die Lösung der Anschlussfrage 1929, Seite des großdeutschen Problems ganz hat, findet hier eine Ergänzung vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus.

In fünf großangelegten Kapiteln gibt Dr. Herbert Kniessche zunächst eine eingehende Darstellung der Kämpfe um die großdeutsche Wirtschaftseinheit im 10. Jahrhundert, des weiteren der südostdeutschen Wirtschaft im alten Österreich-Ungarn. Dann spürt er die Wandlungen der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelspolitik von 1600-1918 auf und behandelt das wirtschaftliche und politische Schicksal Österreichs nach dem Zusammenbruch. Endlich — in einem großangelegten Schlußkapitel — bietet der Verfasser eine glänzende Darstellung der großdeutschen Wirtschaftseinheit, gegeben in den Worten, daß in der großdeutschen Wirtschaftseinheit sich das bewußte Nationalität eines verketteten Volkes mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf die engste und beste verbindet und sie selbst sich in das europäische und Weltbild organisch und zweckmäßig einfügt.

35 ausgezeichnete „expressionsreiche“ Kartenbilder und originale Diagramme versehen, auf Grund zuverlässiger Statistiken, eine Vernauchschung des oft spröden Zahlenmaterials.

Prospekte anfordern

Historisch Politischer Verlag (Rudolf Hofstetter)

Leipzig C 1 / Hospitalstraße 16 / Postcheckkonto Leipzig 280

## WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

### Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Von Dr. Adolf Grabowsky herausgegeben, erscheint unter diesem Titel eine neue Büchersammlung, deren Ziel es ist, in scharf umrissenen kurzen Darstellungen von anerkannten Fachleuten weltpolitische Kenntnisse und Erkenntnisse in allgemeinverständlicher Form weitaus Kreisen zu vermitteln. In einzelnen, für sich abgeschlossenen Bänden behandeln Historiker, Geographen, Volkswirtschaftler, Soziologen u. a. die verschiedensten Gebiete und Probleme, dabei im Einklang mit der Absicht der Sammlung nur das Wesentliche und in großen Linien die Grundzüge des Stoffes herausheben, die zum Verständnis für die Zusammenhänge und die Vorgänge im Weltgeschehen im allgemeinen und in zwei Abteilungen gegliedert, eine grundlegende und länderspezifische. Von der ersten grundlegenden Abteilung, die die führenden Fragen der Weltpolitik behandelt, folgen die ersten 10 Bände von:

- |   |               |
|---|---------------|
| Band 1: Adolf Grabowsky, „Staat und Raum“ . . . . .   | Preis M. 3.—  |
| Band 2: Erwin Schuch, „Deutschlands Wirtschaftsprinzipien und Wirtschaftsbedürfnisse“ . . . . . | Preis M. 2.40 |
| Band 3: Otto Maul, „Politische Grenzen“, 104 Seiten mit 12 Karten . . . . .                     | Preis M. 3.—  |
| Band 4: Randolph Hunga, „Österreich“, 60 Seiten mit 9 Karten . . . . .                          | Preis M. 1.80 |
| Band 5: Albrecht Burschard, „Staat und Klima“, 80 Seiten mit 10 Karten . . . . .                | Preis M. 2.40 |
| Band 6: Franz Thorbecke, „Das tropische Afrika“, 80 Seiten mit 5 Zeichnungen . . . . .          | Preis M. 2.40 |
| Band 7: Walter Pahl, „Der Kampf um die Kolosoffe“, 80 Seiten mit 16 Zeichnungen . . . . .       | Preis M. 2.40 |
| Band 8: Fritz Machatschek, „Die Tschetschenowalke“, 80 Seiten mit 5 Karten . . . . .            | Preis M. 2.40 |
| Band 9: Max Eckerl, „Meer und Weltwirtschaft“, 80 Seiten mit 19 Karten . . . . .                | Preis M. 2.40 |
| Band 10: Joseph März, „Landwirtschaft und Seemacht“, 64 Seiten mit 10 Zeichnungen . . . . .     | Preis M. 2.40 |

Gesamtpreis der Reihe M. 24.00 in geschmackvoller Kassette.

- |  |               |
|--|---------------|
| Neue Reihe der zweiten Serie:  |               |
| Band 11: Paul Herre, „Spanien und Portugal“, 88 Seiten . . . . .                   | Preis M. 3.—  |
| Band 12: Walter Vogel, „Die Entstehung des modernen Weltstaatsensystems“ . . . . . | Preis M. 3.00 |
| Band 13: Eberhard, „Völkerfortschritt“ . . . . .                                   | Preis M. 2.40 |
| Band 14: v. Glasenapp, „Indien“ . . . . .  | Preis M. 3.—  |

Prospekte kostenlos!  
**ZENTRAL - VERLAG G. m. b. H., BERLIN W 35**



# Feldberg

(Mecklb.)

Mecklb.-Sirelitzsche Schweiz  
Berlin Stett. Bf. - Neustrelitz - Feldberg  
Die Perle im Lande der Seen und Wälder.  
Auskunft Verkehrsverein.

## Bad Hersfeld (Bezirk Kassel)

### Luffusbrunnen

heilkräftig wie Karlsbad bei  
Magen-, Darm-, Leber-, Gallen- und Stoffwechsel-  
erkrankungen (Zuckerkrankheit, Gicht, Fettleibigkeit)  
Wasserversand d. L. Luffusbrunnen-Gesellschaft m. b. H.  
Kurzelt: Mai bis September

## Bad Blankenburg

(Thüringen)

Kurhaus Chrysopras - Löscheshall  
direkt im herrlichen Schwarzwald gelegen.  
Erstes Haus am Platze. Erstkl. Pension ab  
M. 7.—. Eigene Jagd und Forellenfischerei.  
Garagen. Telefon 303

# Steinach

am Brenner

(Tirol) 1050 m.

Schnellzug-Station 4 1/2 Std. v. München

Herrlicher Frühlings- und Sommer-

aufenthalt mit viel Höhen Sonne,

keine rauhen Winde, Schwimmbad, prachtvolle

Waldspaziergänge in nächster Nähe, Ausgangs-

punkt für Hochtouren in die Zillertal- und

Stubai-Alpen, sehr gute Unterkunft und

Verpflegung bei vollen Preisen. In der

Voraison Schilf, 8 bis 12.—, Hauptkasson

Schilf, 8 bis 14.—.

Auskünfte und Prospekte durch den Verkehrs-

Verein, die einzelnen Häuser und durch Scherfs

Reisebüro

Hotel Steinbock

Hotel Steinacher Hof

Gasthof zur Post

„zum „Wilden Mann“

„zum „Weißen Rößl“

„zur Rose

„zum Krämer

Tiroler Haus (Privat).

## GROSSER GEWINN!

durch den günstigen Einkauf neuer neuen weißen

Mehlsackstoffe, in Qualität

100 cm breit, Ausnahmepreis 39 pro 1/2 Mtr.

80 cm breit nur 29 Pfg. pro 1/2 Mtr.

130 cm breit nur 49 Pfg. pro 1/2 Mtr.

140 cm breit nur 54 Pfg. pro 1/2 Mtr.

160 cm breit nur 72 Pfg. pro 1/2 Mtr.

In einem fortlaufenden Stück, vorzüglich geeignet für alle

Lein-u. Hausaltwäse, Zugschürzen, Laken usw.

Mein Schlager! Bestellen, fertig gemittelt 2 1/2 Mtr.

läng. 120 cm breit, unverfälscht, nur RM. 2,45 pro Stück.

Ohne Zwischenhandel, direkt an Private. Abgabe nicht

unter 15 Meter, von 30 Meter an post.-bahntreue unter

Necknalm. Viele Anerkennungen und Nachbestellungen.

Wer kauft, hat kauft sofort!

Exporthaus „Hansa“ Paul Harries, Bremen C 2

Am Deich 52, Vertreter überall gesucht!

## Ostseebad Bansin

Tischlerwohnungshaus „Waldesruh“

Herrl. Besitz, gr. Park, Wald, Seeansicht, für erholungs-  
bedürftige 10—12 jährige junge Mädchen. Ausbildung:  
Haushalt, Kochen sowie Förderung von allgemeinen  
Bildung, Fr. A. Ehrlich. Daneben eine möblierte  
3-Zimmer-Wohnung mit Bad, Küche und Bad,  
1. Etage, für den ganzen Sommer zu vermieten.

## Bad Gastein

Hotel Straubinger und Hotel Austria

Altkoh. Häuser 1. Rang

im Zentrum des Kurortes,

vollständig renoviert, 200

Zimmer mit fließendem

Wasser, Appartementskabinen,

Zentralheizung, Thermal-

kurbäder im Hause. Auto-

garage, m. Boxen, Benz., Oel.

Tele.-Adr. Straubinger, Bad

Gastein

## R ü g e n

Hotel Strandburg

Altredewitz b. Gährn,

Post-Mitteleisen, 9 Min.

von Brand. Herrliche

Fernsicht, sauerkraut gute

Verpflegung, Balk., Ver-

andern, Vor- und Nach-

mittag 4.50. Keine Kur-

taxe. Baden frei.

Leopold Haase

Sommernächte

finden gute Aufn. im

Niederlahnstein a. Rh.

bei Frau Stabssekretär

Schlösser, Gegenüber

Schloß Stoltenfels, Aus-

blick auf Rhein, 2 Min.

v. Bahnhof, 3 Min. v. der

Dampferlandung. Volle

Verpfl. 4.75 RM., Zimmer

m. Morgenkaffee 2.50 RM.

Wernigerode-

Hasserode (Harz)

Beamte und deren Ange-

hörige finden Urlaubs-u.

Erholungs-Aufenthalt in

unserem direkt an Tan-

nenwald u. Wiesen geleg.

neuzell. eing. Hause.

Verpflegung 4.50 Mk.

Hans Westling, Fürstenweg

Mit bestem

ERFOLG

inscribieren

Bäder,

Kurorte,

Hotels,

Pensionen

u. S. W.

im

Heimatdienst

10 versch. Dahlen

zur 5. 6. 10. 12 Mk.

30 Gläsern 3 Mk. Lade frei

10 Buschroten 4, 6, 8 Mk.

10 Kakteen 5, 8, 10, 15 Mk.

10 Blumentöpfe 4 Mk.

W. B. A. X., Wildenrade 36

Bez. Potsdam.

## Kesselschloßbaude b. Bad Flinsberg

Post Giechren, Isgerbige

721 m eigenes Skil. Rodelstige. Herrl. betriebs-  
zu haben. Vollpension, Heizung, 4 Mahlzeiten M. d.—  
Prospekt H. frei.

Inh. K. Zährnen.

## Erholung

vor allem!  
finden Sie in **Koserow**  
dem Juwel der Ostsee. Romantische Lage auf Usedom inmitten  
herrl. Buchenwäld. D-Zug-Stat. Prosp. d. Badedir. u. Reisebüro.

## Thüringer Pflamms

gar. reines, zuckergelbes,

feinste Qualität, 10 Pfand-

Einzel M. 3.75 ab hier Nachn.

Otto Ritter, Pflamms-

fabrik, Schützenl. Thür. 136.

„Diana“ Draht-

Matratzen

Bestellliste, Polster

Preisliste umsonst.

JOH. NIC. DEHLER

Coburg 15

Feine

Rhein-Weine

nur direkt von

Erich Müller

Verkauf a. Wein

Nierstein a. Rhein

(Inh. d. F. Weingut

Geschw. Strub.)

Verkauf 50 Pf. Preisliste 81

## Beachten Sie, verehrte Leser, bitte unsere Inserate!!!

## BRIEFMARKEN!

Auswahlreihe jeder Art mit sehr billigen Preisen

sieben erschaften Sammlern gern zu Verfügung.

Bestellen Sie meine Auswahlreihe

S. M. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.

Der ortho-

pädische

Qualitätsschuh

mit Gelenkstütze

und Gummilabsatz

für Damen, Herren und Kinder

Spezialversand

Weißentfer Schuhwaren-Versand

Max Kirchner, Weißentfer a. S.

Nicolaistraße 39

## Bücher

## der Époque

Die ersten Veröffentlichungen

einer neuen wertvollen Bücherreihe mit dem Grundsatz:

**Freisabbau im Buchhandel!**

Soeben erschienen in dieser neuen Sammlung Neu-

auflagen folgender Romane:

1. Hanns Heinz Ewers, „Alraune“, Ganzleinen,

440 Seiten, Ungekürzte Ausgabe . . . nur RM 2.85

2. Heinrich Mann, „Der Untertan“, Ganz-

leinen, 450 Seiten, Ungekürzte Ausgabe

(früherer Ladenpreis RM 7.—) . . . nur RM 2.85

3. Heinrich Mann, „Im Schlaraffenland“, Ganz-

leinen, 512 Seiten, Ungekürzte Ausgabe

(früherer Ladenpreis RM 7.—) . . . nur RM 2.85

Diese drei Romane moderner Dichter sämtlich in Ganz-

leinen gebunden, hergestellt auf bestem holzfreien Papier,

liefern wir zu einem Gesamtpreis von RM. 8,55 gegen

2 Monatsraten porto- und verpackungsfrei.

**DEUTSCHE BEAMTEN-BUCHHANDLUNG**

Anstalt des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes

**Bestellschein:** Ich bestelle bei der Deutschen Beamten-Buchhand-

lung, Buchvertrieb des Beamtenchriften-Verlags G. m. b. H., Berlin SW 48,

Friderichstraße 240-41, Am H. Bergmann 3850, Bücher der Époque

Band: . . . zum Preise von . . . gegen Monatsraten . . .

— der ganze Betrag — die erste Rate folgt gleichzeitig — folgt auf Post-

scheckkonto: Berlin 138721 — folgt am . . .

(Erfüllungsart Berlin Mitte).

Name und Stand:

Ort und Datum:

# 42 000 Leser

**22 000** die sich in Reich, Ländern, Gemeinden führend betätigen

**10 000** Lehrer aller Gattungen

**3 000** Auslandsdeutsche innerhalb Europas

**2 000** Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben

dazu etwa **5 000** Amtsstuben, Konferenzzimmer, Lesesäle

## 42 000 Leser

mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig, werden vom

## Heimatdienst

regelmäßig erfährt

**Bäder-, Reise-, Verkehrs- und Geschäfts-  
anzeigen haben im Heimatdienst durch-  
schlagenden Erfolg!**



## RM.150.- London-Schottland Reise

**22. Juni von Hamburg**  
über London, Leith/Edinburgh  
1. Juli in Hamburg · Fahrpreis  
einschl. voller Verpflegung  
von **RM.150.- an**

**HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE  
DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT**  
HAMBURG 8 / HOLZBRÜCKE 8

## Honig Kenner

bevorzugen Honig namengebender Firma. Gewähr für sachgemäß gewonnen u. behandelte Edelware von köstlichem Aroma u. selbstverlehnender Heilkraft. Behördliche Aschicht vorliegt. **Zahlen beweisen!** 1928 lt. amt. Bearkundung: 1413 freiwillige Anerkennungen, durch Empfehlung aller Kunden 2009 neue Postkunden! In einem Monat 1344 Nachbestellungen! Fordern Sie bemuteteste Angebot! Preise ermäßig!

**Großbäckerei u. Honighandlung**  
**Robert Isterheil, Ebersbach Sa. 131**

## Abessinierbrunnen



kann jeder selbst aufstellen. Manchetten u. Klappen usw. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.

Illustrierte Preisliste gratis.  
A. Scheymann, Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88

## Nur Zivil- und Staats-Beamten und Leuten mit festem Einkommen

liefern wir seit 1384 direkt ab unserer Fabrik

## Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen

streng diskret auf  $\frac{1}{2}$  Jahr Ziel, gegen monatliche Ratenzahlungen, erste Zahlung 1 Monat nach Lieferung zu unseren streng festen Kassapreisen. Jedes Bett wird nach Wahl der Bettfedern und Stoffe für jeden Kunden besonders angefertigt.

## Keine billigen, minderwertigen Nachahmungen

1. Über 400 000 Kunden in über 10 000 Städten u. Orten Deutschlands  
2. Mehr als 100 000 Kunden haben zum 2. Male und öfter nachbestellt  
3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platte zu diesen Preisen nicht zu kaufen sind.  
Obige drei Angaben sind amtlich geprüft und notariell bestätigt

**Gebr. Passmann A.-G., Köln 149**  
Trierer Str. 13

Größtes Spezialhaus Deutschlands in nur Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen. — In vier wiederkehrenden Ausstellungen haben, zahlen wir keine Provisionen usw. und Sie haben dadurch den Nutzen und außerdem Gewähr für strengste Verschwiegenheit. Bestellen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse, Muster und Preisliste gratis. Auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

## Malereigeschäft

**Hermann Mallwitz**  
Malermaler

Berlin N 20, Koloniestraße 139, Telefon: Hanna 7384

Ausführung sämtlicher Malerarbeiten

Neubauten, Renovierung von Wohnungen

Fassadenanstriche, Treppenhäuser und Geschäftsräume

## Möbel- Einrichtungshaus F. Schoenfeldt

Berlin W  
Potsdamerstr. 90

Hochwertige, moderne, künstlerische Modelle in  
**Herren-, Speise-, Schlafzimmern**  
Damenzimmern, Polstermöbeln  
zu **aussergewöhnlich niedrigen Preisen.**  
Eigene Werkstätten. Zwanglose Besichtigung jederzeit.

## Sonder-Angebot

Bouclé- Teppiche	Axminster- Teppiche	Velour- Teppiche
ca. 140x200 RM 31 175x250 — 49 200x300 — 68 250x350 — 100	ca. 140x200 RM 31 175x250 — 41 200x300 — 61 250x350 — 96	ca. 140x200 RM 38 175x250 — 54 200x300 — 80 250x350 — 121

Unikate, Granit, Inp-  
moore, Tisch- und Inlaid-  
**LINEUM**  
Sargula, Druck und Inlaid  
Läufer, Vorzüge u. Teppich  
**TREPPENLÄUFER**  
Tischdecken von RM. — an  
Dirandeden von — 17 — an  
**TEPPICH VOGEL**

Gegründet 1899 Berlin-Potsdamer Str. 14 Nahe Potsd. Platz

Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreise,  
ausgenommen Lineum- und Marken-Artikel